

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes
christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Redaktion: A. Heutmann in Düsseldorf 61,
Corneliusstr. 66. Berichte, kleine Beiträge etc. sind
zunächst an den betr. Bezirksvorstehenden einzusenden.
Sämtliche Beiträge müssen bis Montag abends bei
12 der Redaktion in Düsseldorf eingegangen sein. D.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden
Samstag und kostet vierteljährlich durch die Post
bezogen 3,- Mk. Expedition und Druck von
Joh. van den Kerkhof, Buchhändler, Poststr. 66.
1368. Fernsprech-Nr. 1368.

Nr. 44. Telegramm-Adr.: Textilverband Düsseldorf. Düsseldorf, den 3. Oktober 1908. Fernsprech-Nummer 4423. 10. Jahrgang.

Ehre der Arbeit.

Wer den wichtigen Hammer schwingt,
Wer im Felde mäht die Aehren,
Wer ins Markt der Erde bringt,
Weiß und Rindern zu ernähren,
Wer Stromen den Rachen zieht,
Wer bei Woll und Werg und Flachse
Hinterm Webstuhl sich mäht,
Daß sein blonder Junge wachse: —

Jedem Ehre, jedem Preis!
Ehre jeder Hand voll Schwielen!
Ehre jedem Tropfen Schweiß,
Der in Hüften fällt und Mühlen!
Ehre jeder nassen Stirn
Hinterm Pfluge! — Doch auch dessen,
Der mit Schädel und mit Hirn
Hungerend pflügt, sei nicht vergessen!
Ferdinand Freiligrath.

Ueber Arbeiterbewegung und Kultur

sprach in einer christlichen Gewerkschaftsversammlung
in Köln der Sekretär des Gesamtverbandes, Kollege
Vredemann. Wir geben den Gedankengang des
Vortrages nach einem Bericht des Organes des
christlichen Holzarbeiterverbandes hier wieder:

Das Streben des Arbeiterstandes — vor allem
das gewerkschaftliche — wird außerordentlich ver-
schieden beurteilt. Die offenen Gegner der Gewerkschaften
sehen in diesem nur den Ausdruck rein
egoistischer Motive seitens der Arbeiter. Der „Neid
der heillosen Klasse“ will angeblich durch die Gewerkschaften
„Gier nach mühseligen Gewinn“ befriedigen. Gute Folgen werden nicht anerkannt.
Vielmehr soll die Industrie geschädigt, durch öbe
Gleichmacherei das gesunde Streben und das Ver-
antwortlichkeitsgefühl des Einzelnen erstirbt werden.

Die große Masse der Augenstehenden stellt den
eigentlichen Triebkräften der Arbeiterbewegung fremd,
gleichgültig gegenüber. Sie weiß bestenfalls, daß die
„unzufriedenen Kerle“ sich zusammen tun, auch mal
streiken. Auf Neugierigkeiten baut sich hier Kenntnis
und Beurteilung des Arbeiterstrebens auf. — Auch
in unseren eigenen Reihen ist noch manche Unkennt-
nis hinsichtlich der tieferen Beweggründe der Ar-
beiterbewegung anzutreffen. Die Gewerkschaft wird
von manchen lediglich als das Mittel zur Erreichung
augenblicklicher materieller Vorteile betrachtet. Sind
solche erreicht, so glaubt man die Mission der Gewerkschaft
erledigt. Kein tieferes Eindringen in Ur-
sache und Wirkung der Bewegung. Infolgedessen
auch eine ungenügende Wertschätzung der Bewegung,
das Fehlen der Fäden, die den inneren Menschen
fest mit den Bestrebungen seines Standes verknüpfen.

So ist die Zahl der von dem eigentlichen Kern
der Arbeiterbewegung Durchdrungenen noch verhält-
nismäßig klein. Und doch haben auch wir das größte
Interesse an der Stärkung der Reihen unserer über-
zeugten Anhänger. Nur dann wird es möglich sein,
auch in Zeiten weniger günstiger Wirtschaftsverhält-
nisse die Bewegung ungehindert zu erheben. Ueber-
zeugte Kämpfer lassen sich durch eine vorübergehende
Depression nicht entmutigen. Tragen wir also den
Gedanken weiter in die Arbeitermassen, daß die Ar-
beiterbewegung unserer Tage eine Kulturbewegung
in des Wortes weitgehendstem Sinne ist.

Was sind kulturelle Bestrebungen?

Es sind solche, die die materielle und
geistige Hervorbringung der Gesellschaft zum
Zweck haben. Die Kulturaufgaben der Arbeiter-
bewegung sind bei dieser Zwecksetzung somit äußerst
naheliegend. Zunächst materielle Hebung, Schaffung
besserer Lebensbedingungen, dann aber auch Pflege
der geistigen Interessen, Bereicherung des inneren
Menschen und seiner Anschauungen. Solidaritäts-
gefühl, Opfergeist, Sinn für das Gemeinwohl, Inter-
esse für alles Gute und Edle, kurz, die schönsten
Tugenden muß die Bewegung in den einzelnen Gliedern
zu entfalten suchen. Mit dem materiellen Aufstieg
des Einzelnen muß die Entwicklung seines Geistes-
lebens konform gehen. Einer Arbeiterbewegung, die
solcherart an ihren einzelnen Gliedern gearbeitet hat,
wird es endlich auch gelingen, das große Ziel der
Gesamtheit zu erreichen: den Arbeiterstand als voll-
berechtigtes Glied einzuordnen in den gesellschaftlichen
Organismus.

Die deutsche Arbeiterbewegung ist kein einheit-
liches Gebilde, vielmehr ist sie das getreue Spiegel-
bild der großen, durch unser Volk ziehenden Geistes-
bewegungen. Die Verschiedenartigkeit der Grundan-
schauungen bringt auch ganz naturgemäß eine von-
einander abweichende Haltung zu den oben skizzierten
Kulturaufgaben mit sich.

Da will vor allem

die sozialdemokratische Arbeiterbewegung
beachtet sein. Sie nimmt für sich in Anspruch, die
einzige wahre Kulturbewegung unserer Tage zu sein.
Die Haltung dieser Bewegung gegenüber dem Christen-
tum ist Beweis, daß man Jahrtausende alte Kultur-
mächte negieren, ja zerstören zu müssen glaubt —
im Interesse sozialdemokratischer „Kultur“. Selbst bei
peinlichster Vorausschätzung der guten Seiten an der
sozialdemokratischen Bewegung kommt demgegenüber

der objektive Beobachter unzweifelhaft zu dem Schluß,
daß in kultureller Hinsicht hier nicht das gehalten
wird, was man verspricht. Wer wollte es leugnen,
daß zwar durch die Sozialdemokratie indirekt der
wirkliche Kulturfortschritt gefördert worden ist?
Das Umfängliche dieser Bewegung hat zweifellos
manche Kreise an ihre Pflichten erinnert und zu
nützlicher Tätigkeit angereizt. Aber die sozial-
demokratische Bewegung kann um deswillen nicht den
endlichen Aufstieg des Arbeiterstandes zu wahrer
Kultur vervollständigen, weil ihr die Grundlagen
wahrer Kultur fehlen. Unter welchem Gesichtswinkel
will die sozialdemokratische Bewegung betrachtet sein?

Die sozialdemokratische Bewegung hat ihre Grund-
lagen aufgebaut auf den anfänglichen Kulturumwül-
digen Zuständen der mit Macht einsetzenden kapita-
listischen Wirtschaftsweise. Die Zeit, wo nackter Egois-
mus die Glieder des neuen Arbeiterstandes zu schütz-
und wehrlosen Spielbällen machte, diese Zeit raubte
unendlich vielen deutschen Arbeitern den Glauben an
die Gerechtigkeit und die Möglichkeit derselben. Diese
Zeit ließ auch in den sozialdemokratischen Theoretikern
den Gedanken aufkommen, daß die Materie alles,
die geistigen und sittlichen Anschauungen etwas neben-
sächlich seien. Unter Mißachtung dieser letzteren baut
sie die angebliche Kulturbewegung der Sozialdemo-
kratie auf. Wir sehen hier, daß der Teufel durch
Beizehub ausgetrieben werden soll. Dasjenige, was
der damaligen Zeit den Stempel des Kulturumwül-
digen aufgedrückt hatte — der alleinige Grundfalsch
der Nacht unter Leugnung höherer sittlicher Normen
— nahm die sozialdemokratische Bewegung ebenfalls
als Basis, um ihre Kulturbestrebungen darauf auf-
zubauen. Die Geschichte beweist jedoch an zahlreichen
Fällen, daß auf einer solchen Grundlage sich keine
wahre Kulturbewegung aufbauen läßt. Mit dem
Evangelium des Materialismus hält man dauernd
keine Massen zusammen. Neben den materiellen ver-
langen Gebieterisch die geistigen Kulturwerte Beachtung.
Tiefe, edle Beweggründe müssen vorhanden sein, um
das Herz des Arbeiters zu heben, es anzuspornen
zum Einsetzen des Besten im edlen Wettbewerb um
eigene und Standeshebung. Wenn von irgend jemand
die Wichtigkeit dieser Gedanken erörtert werden ist,
so von der Sozialdemokratie selbst. Die heutigen
Zustände innerhalb derselben rufen jedem, der hören
will zu, daß die Grundlagen wahrer Kultur niemals
ungefragt außer Acht gelassen werden dürfen. Warum
stehen die sozialdemokratischen Baumeister angeblich
wahren Menschentums sich innerlich fremd, haßerfüllt
gegenüber? Weil kein einigendes Band unbergäng-
licher Ideale sie umschlingt, weil die Grundlagen der
Bewegung bei weitem nicht ausreichen, um in brüder-
licher Befahrung das Höchste gemeinsam zu erstreben.
Alles in allem: Die sozialdemokratische Bewegung
ist nicht die wahre Kulturbewegung des Arbeiter-
standes.

Die

Sirisch-Dumderische

Arbeiterbewegung in ihren Beziehungen zur Kultur
bedarf nicht vieler Worte. Die unerfüllte Logik
bringt diese Gruppe mit Sicherheit zum Stillstand,
ja zum Rückmarsch. Warum? Die ganze Arbeiter-
bewegung kristallisiert sich um materielle und geistige
Interessen. Nun wollen zwar die Sirisch-Dumderischen
die materiellen Interessen der Arbeiter fördern,
bieten aber in geistiger Hinsicht nichts. Eine sogen.
Neutralität soll das geistige Defizit verdecken. Prakti-
sch entwickelt sich die Sache nun so, daß auch der
einzelne Arbeiter in den geistigen Kämpfen Stellung
nimmt. Er wird nun ganz folgerichtig viel eher
einer Gruppe sich anschließen, die sowohl seine
materiellen wie auch seine geistigen Interessen wahr-
nimmt, wie einer solchen, die einen wesentlichen Be-
standteil seiner Interessen vernachlässigt. Das ist im
letzten Grunde die tiefere Ursache dafür, daß die
Sirisch-Dumderische Arbeiterbewegung kein Magnet ist,
um größere Massen deutscher Arbeiter an sich zu
fesseln.

Die vielfach auftauchenden

„gelben“ Gründungen

sind in kultureller Hinsicht durchaus wertlos. Sie
müssen vielmehr als kulturhemmend angesehen
werden. Von interessierten Kreisen mit fragwürdigen
Mitteln protegiert, haben sie im Grunde genommen
nur die Aufgabe, die vorwärtstrebende Arbeiterschaft
in ihrem kulturellen Aufstieg zu hemmen. Eine Unter-
stützung dieser Bewegung kommt praktisch auf Verrat
an der eigenen Klasse heraus.

Auch die bekannte

Fachabteilungsidee

kann keineswegs unter den obwaltenden Verhältnissen
als kulturfördernd angesehen werden — mag sie
auch in einem edlen Motive entspringen. Durch
häufige Bevormundung, durch ein Unselbständig-
halten der Arbeiter werden gewaltig die natürlichen
Entwicklungskräfte unterbunden. Wenn ohne Rück-
sicht auf wirkliche Notwendigkeiten die Kräfte ab-
gelenkt und in wertlosen Bahnen geführt werden,
so bedeutet das nichts anderes wie den berechtigten
materiellen Kulturbestrebungen der Arbeiter Hemm-
nisse bereiten.

Der Standesbewußte, vorwärtstrebende deutsche
Arbeiter wird in keiner der letztgenannten Gruppen
seine Interessenvertretung suchen. Er geht nicht zu-
legt von dem richtigen Grundgedanken aus, daß der Stand,
der nicht die Kraft hat, seine Interessen selbständig
wahrzunehmen, auch nicht fähig ist, in gegebenen
Momenten von seinen Rechten den richtigen Gebrauch
zu machen.
In der

Christlichen Arbeiterbewegung

unserer Tage sehen wir den vollendeten Ausdruck
der berechtigten Kulturbestrebungen des Arbeiter-
standes.

Unsere christlichen Gewerkschaften sind die
geeigneten Instrumente, um die materiellen Kultur-
bedürfnisse des Arbeiters zu befriedigen. Es kann
keineswegs den erstrebenswerten materiellen Kultur-
zustand darstellen, wenn innerhalb des volkswirt-
schaftlichen Organismus einerseits ein gewaltiger
Ueberfluß, andererseits aber noch das Fehlen des
Notwendigsten anzutreffen ist. In einzelnen belegt
Kedner diesen Zustand mit Beispielen. Hier muß die
materielle Kultur gefördert werden. Brot, Licht,
Luft in ausreichendem Maße für alles, was Menschen-
antitz trägt, das ist das Gebot des materiellen Kultur-
strebens. Indem die materielle Kultur gefördert wird,
bleibt man in außerordentlichem Maße den Erforder-
nissen geistiger Kultur. Wo die erstere noch im argen
liegt, da ist erfahrungsgemäß auch der schlechteste
Platz für die Pflege der geistigen Kulturgüter. Unter
dem Kampf und der Sorge ums tägliche Brot sind
in vielen Fällen die geistigen Interessen erstirbt. In
den letzten Jahren ist es außerordentlich besser
geworden in dieser Hinsicht. Und das Verdienst hier-
für gebührt nicht in letzter Linie der unablässigen
Arbeit unserer christlichen Gewerkschaften. Ihre Tätig-
keit ist eine eminent kulturfördernde.

Nun ist die christliche Arbeiterbewegung ins Leben
gerufen worden, weil die christlichen Arbeiter ihre
Interessen verfolgen wollten unter Wahrung ihrer
Ideeale. Weil sie der Ansicht waren, daß besonders
die größte Kulturmacht aller Zeiten, das Christen-
tum, die stärksten Triebfedern enthält auch für die
Bestrebungen des Arbeiterstandes. Weil dieses Christen-
tum von den hauptsächlichsten Teilen der schon vor-
handenen Arbeiterbewegung geistlich belebt ge-
schoben wurde, daher die christliche Sonderbewegung.
Wenn auch nun unsere Gewerkschaften durchaus keine
religiösen oder kirchlichen Aufgaben zu erfüllen haben,
die Mitglieder erhalten dennoch gerade aus ihrer
christlichen Weltanschauung im Gegensatz zu der
sozialdemokratischen die stärksten Anregungen, um sich
in der Kultur zu betätigen.

Die konfessionellen Arbeitervereine sind
die direkten Stützen für die Pflege der geistigen
Kulturgüter. Die christlichen Arbeiter wissen, daß
auch ihr materielles Streben ihnen nur dann Be-
friedigung zu verleihen vermag, wenn daneben auch
die Fragen gepflegt werden, die über das materielle
Streben weit hinausgehen, dem suchenden, sehnen-
den Menschenherzen Aufschluß geben über die großen
Fragen des menschlichen Seins, des Woher und Wohin?
Das Christentum mit seiner überaus hohen Wertung
des Menschlichen, mit seinen Geboten von Gerechtigkeit
und Nächstenliebe, ist zweifellos die allergeringste
Grundlage für alle wahren Kulturbestrebungen des
Arbeiterstandes.

Nach dem für die Sozialdemokratie so unglück-
lichen Verlauf der letzten Reichstagswahl schrieb die
sozialdemokratische „Neue Gesellschaft“: „Wenn sie
(die Genossen) sich von der ersten Beirung erholt
haben werden, wird ihnen die Welt entgittert, das
armelige Leben vollends leer und öde erscheinen.“
Das ist die Vankrotterklärung der materiellen sozial-
demokratischen Kulturideale. Den Stürmen und
Wirbeln des Lebens halten sie nicht Stand.
Erweitertgehalt ist ihnen fremd. Wie anders sieht
unsere christliche Arbeiterbewegung da. Im berech-
tigten Rahmen verfolgt sie — und mindestens ebenso
erfolgreich wie die Sozialdemokratie — die materiellen
Interessen, daneben auch tatkräftige Pflege der
wahren, unvergänglichen Menschheitsideale. Kedner
schloß mit einem kräftigen Appell an jeden Einzelnen
zu tatkräftiger Mitarbeit im Interesse der Verwirk-
lichung unserer Ideale, hinweisend auf die Dichter-
worte:

„Bist du Gutes du machst Schönes schaffen,
Das lebensvoll das Leben mehr,
Nicht du dich erst zusammenschließen
Und darfst nicht scheitern der Arbeit Schwere;
Da hilft kein Schwärmen bloß und Hoffen,
Kein Traum von künftiger Entfaltung;
Kein, ringen muß du mit den Stoffen
Und hart sie zwingen zur Gestaltung.“

Kommunale Sozialpolitik.

Die durch die wirtschaftliche Krise verursachte
Arbeitslosigkeit wird noch dadurch verschlimmert
werden, daß der Winter erfahrungsgemäß eine Reihe
von Arbeitskräften auf den Markt wirft, für die
der Sommer für gewöhnlich regelmäßige Beschäf-
tigung zu haben pflegt.

All die Nachteile, welche die Arbeitslosigkeit so-
wohl für den einzelnen wie für die Gesamtheit, für
den Staat und das allgemeine Wohl nach sich zieht,
ausführlicher auseinanderzusetzen, dürfte an dieser
Stelle wohl überflüssig sein. Hinsichtlich des ein-
zelnen sowie seiner Familie sei hingewiesen auf den
Rangel an Brot und den sonstigen notwendigen
Lebensbedürfnissen, im Gefolge davon auf die Unter-
ernährung, Krankheit und Tod. Die Arbeitslosigkeit
berührt aber auch intensiver die große Öffentlichkeit.
Das Gefühl, keine Arbeitskräfte trotz des besten
Willens nicht anbringen zu können, in voller Kraft
dem Gland und der Not wehrlos gegenüberstehen zu
müssen, läßt erklärlicherweise Verärgerung aus und
gibt den besten Nährboden ab für destruktive Be-
wahrungen radikaler Art, die der öffentlichen Ord-
nung, dem ruhigen Gang der Staatsmaschine und

der Fortentwicklung des Gemeinwesens ganz gewiß
nicht von Nutzen sind.

Abgesehen davon, daß durch die Arbeitslosigkeit
die Gemeinden finanziell belastet werden, sollte schon
der letzterwähnte Umstand dieselben veranlassen,
durch Beschaffung von Arbeitsgelegenheit den schlimm-
sten Folgen der Arbeitslosigkeit nach Kräften vorzu-
beugen. Das kann einmal geschehen auf dem Wege
der sogenannten Notstandsarbeiten, sobald aber
auch auf dem Wege der Arbeitslosenversicherung.
Die Gemeinde kann z. B. soweit das Wetter es erlaubt,
Arbeiten, die vielleicht erst im Frühjahr dringend
werden, schon jetzt im Winter herstellen lassen und
somit einer Reihe arbeitswilliger Hände Beschäfti-
gung und deren Familien Brot bieten. Auch sonst
könnte sie jetzt schon Aufträge erteilen, deren Er-
ledigung in Zeiten starker Beschäftigung oft lange
auf sich warten läßt, die jetzt aber in aller Ruhe
fertiggestellt werden und nicht bloß die Arbeiter,
sondern auch die Handwerker über die schlimmsten
Zeiten der Krise hinweghelfen können.

Nach dieser Richtung hin die Gemeinden an eine
Art sozialer Pflicht zu erinnern, ist Sache der Ar-
beiterorganisationen.

Von diesem Gedanken ausgehend, hat das christ-
liche Gewerkschaftskartell zu Mülhausen
(Elsaß) an den dortigen Gemeinderat folgende Ein-
gabe gesandt:

„Das unterzeichnete christliche Gewerkschafts-
kartell erlaubt sich, den Hochwohlgeb. Gemeinderat
zu ersuchen, möglichst bald Notstands- resp.
Winterarbeiten vorzubereiten, damit dieselben
im kommenden Winter rechtzeitig in Angriff ge-
nommen werden können.“

Des weiteren möchten wir den Gemeinderat
bitten, der Einführung einer Arbeitslosen-
versicherung nach dem Center System, wie sie
in Straßburg bereits verwirklicht ist, näher zu
treten.“

Der Eingabe war nachstehende Begründung
beigefügt:

„Angeht die Krise, die wir seit längerer Zeit
im Baugewerbe, wie auch in den übrigen Gewerben
erleben, so ist es dem Gemeinderat zu empfehlen,
wir im kommenden Winter voraussichtlich mit einer
ausgesprochenen großen Arbeitslosigkeit zu rechnen
haben. Die traurigen Folgen der letzteren, die nicht
nur für den von der Arbeitslosigkeit Betroffenen,
sondern auch für Staat und Gesellschaft oft ver-
hängnisvoll werden können und die näher darzulegen
sich wohl erübrigt, machen es zu einer sozialen
Pflicht der Stadtverwaltung, rechtzeitig und in um-
fassender Weise Vorbereitungen zur Beschäftigung
der arbeitslosen Geworbenen zu treffen, um der größ-
ten Not zu steuern.“

Nun stellen aber zu den Notstands- resp. Winter-
arbeiten die ungelerten und die im Baugewerbe
tätigen Arbeiter das größte Kontingent. Für diese
Arbeiterkategorie sind die vorgenannten Arbeiten
auch in erster Linie bestimmt. Sie kommen für die
gelerten Arbeiter der übrigen Berufe weniger in
Betracht. Die Ungewohntheit derartigiger Beschäf-
tigung macht es diesen fast unmöglich, sich an Not-
standsarbeiten zu beteiligen. Dazu kommt, daß ihre
Beilagen bei derartigen Arbeiten in der Regel auch
zu den für letztere angewandten Kosten in keinem
Verhältnis stehen. Für die gelerten Arbeiter wäre
daraus die Einführung einer Arbeitslosenversicherung
nach dem Center System am zweckmäßigsten. Dieses
besteht darin, daß die arbeitslos gewordenen Mit-
glieder derjenigen Vereinigungen, die Arbeitslosen-
unterstützung bereits gewähren, zu der aus ihrer
Kasse bezogenen Unterstützung einen Zuschuß aus
städtischen Mitteln erhalten. Vorbedingung ist, daß
die betreffenden Vereinigungen die von der Stadt
festgesetzten Bedingungen betreffs Kontrolle und
bergl. einzuhalten gemillt sind. In Belgien, Frank-
reich, Norwegen und Dänemark ist dieses System
der Arbeitslosenversicherung bereits in vielen grö-
ßeren Gemeinden zur Einführung gelangt. In den
drei letztgenannten Ländern gewährt sogar der Staat
maßhaltige Zuschüsse. — Auch Straßburg hat seit
dem 1. Januar 1907 die Arbeitslosenversicherung
eingeführt, mit gutem Erfolg, wie der Geschäfts-
bericht für 1907/08 betont. Nach letzterem haben
von den angemeldeten 20 Verbänden im Laufe des
Jahres 12 an der städtischen Versicherung teil-
genommen. Es wurden von der Stadt für ins-
gesamt 2616 Tage Unterstützung bezahlt. Diese be-
trägt 50 Prozent des Unterstützungsbetrages, den der
betroffene Arbeitslose jeweils von seinem Verein
bezieht. Die Gesamtsumme der von der Stadt im
Jahre 1907/08 geleisteten Zuschüsse belief sich auf
1892,35 Mk.

Die Durchführung unseres Vorschlags bedeutet
also keinen Sprung ins Dunkle, wohl aber wäre
dies eine soziale Tat, geeignet, manchen Notstand
zu lindern und ein nicht zu unterschätzender Beitrag,
das so schwierige Problem der Reichsarbeitslosen-
versicherung seiner Lösung entgegenzuführen.“

In der letzten Gemeinderatsitzung kam nun die
Eingabe bereits zur Sprache und wurde durch die
Vertreter der christlichen Arbeiterschaft noch eine
eingehende mündliche Begründung. Den Wünschen
des christlichen Gewerkschaftskartells wurde durch
einstimmige Annahme folgender Entschlüsse in
zuverlässiger Weise stattgegeben:

„Mit Rücksicht auf die im kommenden Winter zu
erwartende außerordentlich große Arbeitslosigkeit
beauftragt der Gemeinderat die Stadtverwal-
tung, unverzüglich die nötigen Maßnahmen
zur Vorbereitung von Notstands- resp.
Winterarbeiten zu treffen und rechtzeitig

Der Wertmesser

Für die Schlagfertigkeit einer Organisation ist die Opferwilligkeit ihrer Mitglieder. Nur eine solche Arbeiterschaft wird die Kulturhöhe erklimmen, die durchdrungen ist von Kollegialität und Standesachtung. Der Besitz dieser Standesugenden bekundet sich in freudiger Opferfertigkeit!

mit geeigneten Vorschlägen an den Gemeinderat vorzutragen.“
Und bezüglich der Arbeitslosen-Versicherung:
„Der Gemeinderat spricht sich im Prinzip für die Einführung einer Arbeitslosen-Versicherung aus und beauftragt den Bürgermeister, das nötige Material zu sammeln und gemeinsam mit der zuständigen Kommission den Entwurf einer Arbeitslosen-Versicherungsordnung auszuarbeiten und dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorzulegen.“
Mit diesem Erfolg kann das christliche Gewerkschaftsamt derzeit zufrieden sein. Bemerkenswert ist noch, daß der jetzige Gemeinderat durchaus sozialistischer ist, demgegenüber aber fünf Vertreter der christlichen Arbeiterschaft zu seinen Mitgliedern zählt.

Arbeitszeit und Arbeitsleistung.

In den kaiserlichen Erlassen vom 4. Febr. 1890 wurde u. a. ausgesprochen, daß es Aufgabe der Staatsgewalt sei, die Zeit, die Dauer und die Art der Arbeit so zu regeln, daß die Erhaltung der Gesundheit, die Gebote der Sittlichkeit, die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihr Anspruch auf gesellschaftliche Gleichberechtigung gewahrt bleibe. Obwohl mehr denn 18 Jahre seit jenem Februarerlasse verstrichen sind, ist die Gesetzgebung dem kaiserlichen Sozialprogramm noch nicht in genügendem Maße entgegengekommen.

Die Einwände unsozialer und auf eigene Interessen bedachter Herren haben sich leider noch wirksamer erwiesen in der Frage der Verkürzung der Arbeitszeit als die Verwirklichung der Forderungen der Arbeiter und einseitiger Sozialpolitiker. Auf gegen die minimalen Fortschritt auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes, der in der im vergangenen Dezember dem Reichstage zugegangenen Novelle zur Gewerbeordnung durch den Beschlusseinstellung für Arbeiterinnen vorgezogen ist, laufen die zuerst bezeichneten Herren Sturm. Sie kämpfen mit den bekannten, längst als unbrauchbar erwiesenen Waffen.

Als Haupttrumpf gegen eine Verkürzung der Arbeitszeit wird immer dieses angeführt: Die Verkürzung der Arbeitszeit verursacht Produktionsminderungen; diese gefährdet die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie. Ganz abgesehen davon, daß eine Produktionsminderung im Interesse einer vernünftigen Regelung von Angebot und Nachfrage auf dem Wirtschaftsmarkt wohl zu begründen wäre, ist dieser Einwand auch dadurch hinfällig, daß eine Verminderung der Arbeitsleistung gar nicht in dem Maße eintritt, als es die Schmarotzer glauben machen wollen.

In der letzten Nummer stellt die „Soziale Praxis“ aus der Fülle von Belegen über den Einfluß von Arbeitszeit auf die Arbeitsleistung einige bemerkenswerte Berichte zusammen.

Ausgang mit der Unterzeichnung beauftragt worden, welche Wirkung die gezielte Einführung eines Normalarbeitstages auf das Gewerbe haben könnte. Auf die Umfrage des Ausschusses ließ u. a. auch eine gutachtliche Antwort von der Zeitung der norwegischen Staatsbahnenverwaltungen ein, die besagt, daß jetzt in 53 Stunden Arbeitszeit wöchentlich ungefähr ebensolange produziert wird, wie früher in 60 Stunden. Andere Betriebszweige, wie in Alfordlohn gearbeitet wird, berichteten auf Grund ihrer Erfahrungen, daß der Unterschied zwischen dem Arbeitsverdienst derer, die acht Stunden, und derer, die zehn Stunden täglich arbeiten, verschwindend gering ist.“ Beim Wegbau Souda-Wanai haben wiederum die Arbeiter, nachdem sie den Aushändlungsvertrag ein halbes Jahr lang ausprobiert hatten, erklärt, daß sie diese Arbeitszeit bevorzugen wollten, weil sie herausgefunden hatten, daß sie nun dieselbe Menge Arbeit in acht, wie sonst in zehn Stunden leisten können. Bergwerksdirektor Brundheim äußerte seine Ansicht dahin, daß „nicht allein ebensolange Arbeit in 53, wie früher in 60 Stunden geleistet werde, sondern daß es auch als ganz empfehlenswert anzusehen sei, die Arbeitszeit auf wöchentlich 48 Stunden herabzusetzen.“

Der soziale Ausschuss kam daher in der Mehrheit zu dem Beschlusse, die Einführung eines gezielten Normalarbeitstages von neun und von acht Stunden zu empfehlen. Auch die Kinderheit des Ausschusses, die von einer gezielten Beschränkung der Arbeitszeit in allgemeiner nicht wissen wollte, und im allgemeinen gegen einen gezielten beschränkten Arbeitsstag war, schloß sich dem Vorschlage an, daß die Arbeitszeit in Betrieben oder Zellen von Betrieben, wo besondere Gefahren für Leben und Gesundheit der Arbeiter vorhanden sind, oder wo leicht eine Überanstrengung eintreten kann, auf acht Stunden den Tag beschränkt wird.“ Ebenso war die Kinderheit damit einverstanden, daß die Arbeitszeit in solchen Betrieben, die in hohem Grade gesundheitsschädlich sind, noch weiter eingeschränkt werden könne.

Die holländischen Gewerbeaufsichtsbeamten haben in ihren Berichten für 1907 dieselbe Frage eingehend behandelt und eine Reihe von Arbeitgeber-Verleumdungen aus der Praxis beigegeben. Die Urteile gehen ziemlich weit auseinander. Bei der Verkürzung der Arbeitszeit um 1/3 Stunde wurden Klagen über Produktionsmangel oder geringeren Verdienst nicht laut. Bei weiterer Einschränkung findet sich jedoch schon innerhalb gleichzeitiger Gewerbezweige keine Ueberzeugung mehr. Der Leiter eines großen Textilunternehmens erklärte, es werde jetzt bei zehn Stunden mehr als vorher produziert; man könne bei den Arbeitern bemerken einen vermehrten Eifer und intensiveres Arbeiten feststellen. Eine Vermehrung der Produktion bewies sich schon bei Umständen, daß er mit den Vorwerken nicht mehr nachkomme. Daß die Normerte wegen der mit der verkürzten Arbeitszeit verbundenen Produktionssteigerung nicht folgen können, wird auch aus einer Baumwollweberei, Färberei und -druckeri für den Druckerbetrieb berichtet, bezogen konnte in der Spinnerei und Weberei nur eben der gleiche Stand der Produktion gehalten werden. Es führte das, wie auch in anderen Betrieben, dazu, daß bei Verkürzungen der Arbeitszeit eine Steigerung in den Beziehungen der einzelnen Betriebsabteilungen untereinander eintrat. — Hinsichtlich der Verkürzung der Arbeitszeit ist zu betonen, daß es eine Forderung der Arbeiter ist, daß die Arbeitszeit verkürzt werden muß, um

sichern andere Arbeitgeber im Gegensaß dazu, daß die Arbeiter nur in den ersten zwei Wochen nach Einschränkung der Arbeitszeit mehr Energie gezeigt hätten; bald seien sie, mit wenigen Ausnahmen, wieder in das alte Tempo zurückgefallen. Wenn ihr Verdienst nicht zurückgegangen sei, so sei das nur auf eine Erhöhung der Alfordlöhn um 5-10% zurückzuführen. — Eine dritte Gruppe von Unternehmern will einen merklichen Produktionsanstieg zu verzeichnen haben. Es sind dies meist Betriebe, die mit ihren Einrichtungen, ihren Arbeitsmitteln und ihrer Organisation auf sehr hoher Stufe stehen, sodaß geltend gemacht wird, eine Steigerung der Arbeitsleistung sei wieder bei den Menschen noch bei den Maschinen möglich.

Hierzu gleichmäßige günstige Beobachtungen werden von der Gewerbeaufsicht in Rhein-Preußen mitgeteilt. In diesem Gebiet ist seit einigen Jahren das Bestreben zu verfolgen, die Arbeitszeit bei gleichbleibenden Löhnen herabzusetzen. Heute erfreuen sich schon 4615 Arbeiter, über ein Drittel der gesamten Arbeiterzahl des Gebietes, des 8 1/2-stündigen Arbeitstages. Dank der Erhöhung der Stundenlöhne verdienen die Arbeiter mindestens dasselbe wie früher, in den meisten Fällen sogar noch mehr, und haben daneben noch die Innenmoralität, von 5 Uhr nachmittags ab sich und ihren Familien leben zu können. Ebenso wird durch pünktlichen Anfang und Schluß der Arbeitszeit bei der Stillschaltung gleiches wie früher geleistet und verdient. Inzwischen ist auch eine bessere Ausnutzung der Maschinenkraft, der Tageshelle und der Arbeitszeit erzielt. Auch das städtische Lagerhaus Bremen hat die Arbeitszeit herabgesetzt. Die Fabrikdirektion hat mit der neuen Betriebsanstellung gute Erfahrungen gemacht. Die Jahresverdienste der Arbeiter und die Gewinnaufstellungen sind dieselben geblieben. Die verminderte Arbeitszeit hätte ferner eine kürzere Benützungzeit der Lokomotiven zur Folge, wodurch einige Ersparnisse erzielt worden sind.

„Gedankenpflücker.“

Von einer Kollegin wird uns geschrieben:
In Nummer 35 dieser Zeitung tritt ein Kollege in einem Artikel (Gedankenpflücker) unter anderem für ruhige, praktische Gewerkschaftsarbeit ein. Diese Aufforderung ist gerade in der gegenwärtigen Krise von großer Wichtigkeit. Doppelt notwendig hat's der Arbeiter, der wirtschaftlich schlecht gestellt ist, dem Beispiele der Arbeitgeber zu folgen und die stille Zeit zu benutzen, um zu kalkulieren und sich auf diese oder jene Art Vorteile für die Zukunft zu sichern.

Es ist es zur Zeit im allgemeinen fast ganz ausgeschlossen, an Lohnhöhung und dergl. zu denken, so gilt es heute, sich mehr auf sozialpolitischen Gebiete zu betätigen. Außer dem von dem betreffenden Kollegen Angeführten möchte ich noch besonders Konsumwesen und Wohnungsfrage in Erwägung bringen. Gerade jetzt ist in vielen Industriezweigen die Brennpunkt unserer Zeit. Zur Pflege des Standesbewußtseins ist auch notwendig, daß der Arbeiter eine menschenwürdige Wohnung hat. Wie sieht's oft damit aus? Abgesehen davon, daß es einer kinderreichen Familie schwer wird, überhaupt eine Wohnung zu finden — denn die meisten Vermieter wollen keine Familien mit 4 Kindern — muß eine solche Arbeiterfamilie schon wegen des hohen Mietpreises mit einer Wohnung vorlieb nehmen, die eines Menschen unwürdig und in deren Atmosphäre auch die sittliche Gesundheit der Kinder gefährdet ist. Dazu kommt noch, daß diese Wohnungen oft dampf und feucht sind und den Keim für manche Krankheit in sich bergen. Darum müssen wir bei der Gründung von Wagensparrschaften ein größeres Interesse entgegenbringen, damit es auch der Arbeiterfamilie ermöglicht wird, für einen zu erschwingenden Preis menschenwürdig wohnen zu können.

Mit Recht klagt der Kollege darüber, daß die einheimischen Arbeiterkräfte der Konkurrenz der ausländischen preisgegeben sind. Wie aber mit diesen von auswärts angezogenen, meist recht bedauernswerten Geschöpfen umgegangen wird, wenn man sie nicht mehr gebrauchen kann, besagt vor einiger Zeit eine Zeitungsnotiz, in der es unter anderem hieß: „Jeden noch vier polnische Arbeiter unter günstigen Bedingungen abzugeben.“ Als ob es sich um irgend eine gewöhnliche Ware handelte, welche man zum Verlaufe anbietet. Hoffentlich wird durch die internationale Vereinigung der organisierten Arbeiterkräfte mit der Zeit in dieser Beziehung manches gebessert werden.

Der Kollege fragt denn, warum schon wieder Verengungslehre? Weshalb wäre denn die Frage angebracht: „Warum nicht eher Verengungslehre?“ Glauben wir in der Zeit der Hochkonjunktur den Verengungslehre und die jetzt eingetretene Arbeitslosen-Unterstützung eher vorzuziehen, so wäre es mit mancher Arbeiterfamilie nicht so traurig bestellt, wie es heute der Fall ist infolge der großen Arbeitslosigkeit. — Ferner zeigt die Entwicklung unseres Verbandes, daß der größte Prozentsatz unserer Mitgliederzunahme mit der Einführung der höheren Beiträge zu verzeichnen ist. Die Erklärung hierfür ist ganz einfach. Fragen die meisten doch vor dem Eintritt in den Verband nicht, was sie bezahlen müssen, sondern noch weit eher, was sie vom Verband erhalten.

Sehen nun jene, welche die idealen Bestrebungen unseres Verbandes noch nicht erfasst haben, welche nur den Wortschatz kennen. Jeder ist sich selbst der Rede, daß ihnen bei einem Beitrage von 15-20 Pfg. kein materieller Vorteil gewährt werden kann, so hat's für sie doch keinen Wert.“ Dagegen sind gerade diese Arbeiter viel eher für den Verband zu gewinnen, wenn ein direkter Nutzen in Form von Unterzügen für sie herauskommt. Sehen wir nicht, wie diejenigen, welchen bis jetzt 20-30 Pfg. Beiträge zu hoch war, die eifrigen Anhänger von gewerkschaftlichen Zeitschriften und Zeitungen sind und dafür wesentlich mit abzumachen und noch mehr anzusetzen, als der Verbandbeitrag annehmen würde. Daher die Erklärung? Weil diese oder jene Lehren mit Zahlung irgend einer Miete bei Unheil oder Stillschaltung verbunden ist. — Sehen wir nicht, wie viele Arbeiter den Verband verlassen, um in der Gewerkschaft auf ganz geübter

Wais zu versichern zu können für gesunde und kranke Tage, in Zeiten der Straßen und in Stiefelfällen, dann werden wir in die Lage kommen, in den Reihen dieser Kollegen und Kolleginnen das Verständnis für Standesbewußtsein, Standesehre und gewerkschaftliche Disziplin zu wecken. Wünschen wir nicht, daß wir mit einem geringeren Klassenbestande auskommen könnten, als wie die Polen, weil jene Klassenkämpfer sind und wir nach Gleichberechtigung ringen? Arbeiter sind. — Würde bei den meisten unserer Arbeitgeber nach christlichen und moralischen Grundsätzen gehandelt, dann, ja dann brauchten wir überhaupt keine Gewerkschaft. — Sollten wir uns nicht eben, weil wir den Frieden wollen, stets in Kampfbereitschaft halten? Sehen wir doch, wie unser Vaterland, obwohl 38 Jahre Friede war, fortwährend zum Kriege rüstet. Erleben wir nicht Tag für Tag Beispiele, wo brutale Nachproben von gewissenlosen Herrenmenschen vorgenommen werden, ohne die Frage zu erwägen, ob er es mit materiellistischen Klassenkämpfen oder mit nach Gleichberechtigung ringen der christlichen Arbeitern und Arbeiterinnen zu tun habe. Nicht viel hätte gefehlt, und wir hätten vor kurzem in Westfalen eine Massenarrestation bekommen von 4000 Arbeitern und Arbeiterinnen, weil 9 Kolleginnen sich gegen eine Lohnverhinderung wehrten. Wir wollen wie bisher an unseren Grundsätzen festhalten, wenn immer möglich, zu einer Verständigung auf friedlichem Wege zu gelangen, aber auch für den Kampf gewappnet sein.

Die letzte Forderung des Kollegen (im „Gedankenpflücker“) bezieht sich auf die Erziehung der Arbeiterkinder. Nach der Erziehung ist meiner Ansicht nach nicht weitgehend genug. Gewiss ist es eine dringende Notwendigkeit unserer Zeit, daß den Kindern in Elementarjahren anhalt Zeichen, Lesen usw. mehr handwerklich-jahres und Handarbeit gelehrt wird. Doch was nutzt der Frau als Fabrikarbeiterin z. B. ihre in der Schulzeit theoretisch gelernte Kochkunst, wenn sie abends nach des Tages Arbeit zu abspinnen muß, um lange zu überleben. Dem Kopfarbeiter, manchmal schwere Kopfarbeit, vermag es einer Hausfrau, eine gute und doch möglichst billige Mahlzeit herzustellen. Auch an der nötigen Zeit fehlt es meist der Frau als Fabrikarbeiterin. Anstatt daß dieselbe in größeren Orten sich die Vorteile des Nachmittags ruhen kann, muß sie schnell in nächstgelegenen Geschäften ihre Einkäufe besorgen, wobei oft mancher Geschäften mehr gezahlt wird für minderwertige Ware. Zudem wird in solchen Familien meist nur das Geld verdient, was schnell vergeht, und das Geld, was nicht so schnell vergeht, wird oft in der Regel viel teurer bezahlt, als eine andere Mahlzeit.

Darum hat jeder Arbeiter, der sich auf politischem und sozialem Gebiete betätigt, die heilige Pflicht, dafür einzutreten, daß der verheirateten Arbeiterin Gelegenheit gegeben wird, ihre in- und außerhalb der Schule gewonnenen handwerklich-jahres Kenntnisse auch in der Praxis ausüben zu können. Dann wird die hauswirtschaftliche Bildung zu einer Quelle des Segens für die Arbeiterfamilien.
Darum muß es heißen: Einschränkung der Fabrikarbeit verheirateter Frauen. Solange die Frauarbeit in der heutigen Art und ihrem heutigen Umfang noch besteht, dürfen wir in dem Hervorkommen dieser Forderung nicht nachlassen. Den Kindern muß die Mutter, der Hand die Hausfrau wiedergegeben werden. Für dieses Ziel kann und darf uns kein Opfer zu groß sein.

Die Textilindustrie.

Nicht nur im Mittelalter, sondern auch bis tief in die Neuzeit hinein hat das Textilgewerbe seinen primitiven Charakter behalten, die umgestaltenden Veränderungen sind nämlich neueren Datums. So wurde der Schneidstuhl erst 1738 von John Kay erfunden, die Webstuhlade 1760 von seinem Sohn Robert Kay, und erst durch die erfindungsreichen Erfindungen Karl Maria Jacquards zu Ende des 18. Jahrhunderts wurde die Webstuhlade, die bis dahin durch einen äußerst schweren Apparat ausgeführt werden mußte, auf mechanische Weise ermöglicht.

Auf ein Patent Napoleons wurde der Rat der Stadt Lyon angewiesen, die Erfindung Jacquards gegen eine lebenslängliche Rente anzukaufen. Die so nach und nach erfolgte Vervollkommnung des Webgerätes, durch welche es ermöglicht wurde, bessere Stoffe in kürzerer Zeit anzufertigen, machte es zur Notwendigkeit, auch die Technik des Spinnprozesses zu verbessern.

John Wyatt schuf 1788 den Gedanken, das Ausziehen und Strecken des Spinnstoffes auf mechanischem Wege durch Walzen, die sich in verschiedenem Schnelligkeit umbrehen, gelassen zu lassen und durch Verlangsamung der Walzen und Spindeln viele Fäden zu gleicher Zeit herzustellen. Diese grundlegende Erfindung, auf der noch heute der größte Teil der Systeme der Spinnmaschinen beruht, wurde 1789 von Richard Arkwright vervollkommen; sie erhielt, weil die Maschine durch Wasserkraft betrieben wurde, den Namen Watermaschine, und als im Jahre 1785 die Rotzische Dampfmaschine die erste Baumwollspinnerei in Bewegung setzte, war der Uebergang von der beschriebenen Handspinnerei zur mechanischen Spinnindustrie vollzogen. Hatten die Verbesserungen des Spinnstoffes die Anregungen zur Vervollkommnung des Spinnprozesses gegeben, so erzeugte wiederum die Notwendigkeit, den auf den neuen Spinnmaschinen hergestellten größeren Garnenagen auf besser konstruierten, schneller arbeitenden Webstühlen Verwendung zu geben.

Im Jahre 1784 hatte Samuel Crompton den ersten mechanischen Sechsstuhl, der, von anderen Erfindern verbessert, die mechanische Web-Industrie begründete.

In der ersten Hälfte des Mittelalters besaß Konstantinopel besondere Bedeutung in der Textilindustrie, wozu unter Kaiser Justinian bereits im Jahre 553 die Wier des Seidenwurmes und der Maulbeerbaum aus dem Orient durch Könige eingeführt wurden und von wo aus die Vermittlung vorwärts bis Arabien und Persien reichte, während gleichzeitig die Araber in Palästina und in ihren hantieren Plätzen neue Mittelpunkte der Textilindustrie begründeten.

Im Mittelalter zeigt sich die Bedeutung der Textilindustrie zunächst in der Wolleweberei, die in der Zeit vom 10. bis 13. Jahrhundert, während die

Wolleweberei noch wesentlich dem Hause verblieb, zu einem kräftigen Gewerbe emporwuchs. Die Fäden der Wolleweberei und Tuchmacher fanden den Willen der Kaufleute am nächsten. Die technische Vervollkommnung erhielt die textile Wolleweberei aus dem benachbarten Spanien, wozu die Wollmanufaktur aus Italien verpflanzt war und wo Brügge den Hauptmarkt bildete.

England tritt als industrielles Land erst im 18. Jahrhundert auf. In Deutschland waren besonders Tuche aus Friesland berühmt; irische Wäntel befanden sich unter den Geschenken Karl des Großen an den Kaiser Charun al Rashid.

In der Seidenindustrie war im Mittelalter besonders Italien berühmt, Lucca, Venedig, Florenz, Genua sowie Frankreich, wo Lyon an die Spitze trat.

Die religiösen Kämpfe, besonders die Aushebung des Ostens von Rantes, trieben zahlreiche Hugenotten außer Landes, welche die Seidenindustrie in Deutschland heimlich machten, die durch prunkliebende Höfe gefördert wurde und sich schon früh am Niederkommen, mit dem Hauptstapel, niederließ. Die Einführung der mechanischen Kraft in die Textilindustrie bewirkte eine vollständige Umwälzung in der Herstellungweise und im Geschäftsbetriebe. Es trat eine Ausdehnung der handwerklich-mechanischen durch die Fabrikbetriebe, dieser wieder durch die Großindustrie ein. Die Konsumation veränderte sich durch den vermehrten Handel herbeigeführten Bezug fremder Produkte. Besonders „King Cotton“ bezug seinen Siegeslauf. Früher teuer und den wohlhabenden Klassen dienend, wird Baumwolle jetzt der Hauptstoff für den Massenverbrauch. Für ihre Verwendung waren die ersten Spinn- und Webmaschinen konstruiert, sie wird der typische Repräsentant der Großindustrie. Deutschland nimmt in der Erzeugung von Textilwaren eine der ersten Stellen ein.

Aus dem Verbandsgebiete.

Lohnbewegungen und Arbeitsfreilichkeiten.

Nachen.

Zum Streit bei der Firma W. J. Strom.
In der vorigen Woche berichteten wir, daß die Firma Strom ihren Betrieb von Eupen nach Nachen-Schönfeld verlegt, und teilten mit, daß bis zur Uebertragung der Differenzen die Firma für alle Arbeiter und Arbeiterinnen gesperrt sei. Um ihren Willen, die bedingungslose Einführung des Zweifelhäftens durchzuführen, greift die Firma zu den gewöhnlichsten Mitteln, welche die Unternehmer gegen die um ihr Recht und um die Abwehrung von Verdrüßlichkeiten der Arbeitsbedingungen kämpfenden Arbeiter anzuwenden pflegen. Schon vor Wochen hat die Firma Strom an Nacher Tuchfabrikanten schwarze Listen verfaßt, um die streikenden Weber, die, da die Firma von Eupen fortzieht, sich in Nachen nach anderer Arbeit umsehen, durch Hunger müde zu machen. Es bleibt abzuwarten, ob einzelne Nacherer Fabrikanten, besonders diejenigen, welche dem Arbeitgeberverbände angeschlossen sind, die unmoralische Firma Strom in ihrem Vorhaben unterstützen. Gerade doch einer der Herren vor einigen Wochen, die Firma Strom künntere sich wieder um den Arbeitgeber- noch um den Arbeitnehmerverband.

Kußer den schwarzen Listen wendet die Firma noch andere Mittel in dem Kampfe mit ihren Webern an, die zwar nicht so rasch wie die Herausgabe von schwarzen Listen, jedoch geradezu lächerlich sind. Die Firma besitzt hier in Nachen zwei Fabrikbetriebe, in welchen die Spinnerei, Appretur und ein Teil der Weberei (10 Stühle) eingerichtet sind. Die Firma ist gegenwärtig in liebevollster Weise besorgt, von den Arbeitern dieser Betriebe jede Beteiligung von außen fern zu halten. Die Zeitung des christlichen Textilarbeiterverbandes hatte für die Arbeiter der Nacherer Betriebe der Firma eine Festschrift besorgt für den 21. Oktober aberkannt und zwar im Kolate des Wirtens Jof. Peters in Nachen-Furst, Erikerstraße 43, Kleinbahnhaltstelle Schönfeld. Derselbe erklärte sich sehr gerne bereit, sein Lokal zur Verfügung zu stellen, auch war denselben ausdrücklich gesagt worden, daß die Arbeiter in dieser Versammlung über die Ursachen des Eupener Streiks aufgeklärt werden sollten. Einige Stunden vor Beginn dieser Versammlung ließ jedoch der charakteristische Schreiben von Herrn Peters ein Nachen-Furst, den 21. Oktober 1908.

In den Herrn Vorsitzenden des christlichen Textilarbeiterverbandes Nachen.

Wie ich schon in Erfahrung bringe, ist die für heute Abend in meinem Lokale abzunehmende Versammlung (Nach Ihrer Angabe eine Besprechung) eine Besprechung gegen die Firma W. J. Strom, wie aus Ihrer diesbezüglichen Einladung hervorgeht. Ich behauere daher Ihnen zu diesen Worten mein Lokal nicht zur Verfügung stellen zu können, wozu Sie gefl. Verzeihung nehmen wollen. Ich will mein Lokal nicht politisch ausverkauft haben.

Sochadent Jof. Peters.

Also Besprechung nennt der Herr eine Versammlung, in welchen Arbeitern Aufklärung in ihrem ureigenen Interesse gegeben werden sollte. Wenn der Wirt weiter schreibt, diese „Besprechung“ gegen die Firma W. J. Strom, wie aus Ihrer diesbezüglichen Einladung hervorgeht, so ist dieses eine grobe Unrichtigkeit, da auch nicht ein einziges Wort auf dieser Einladung vergebend wirken konnte. Wir gehen wohl mit unserer Vermutung nicht fehl, daß von interessierter Seite alles aufgeboten worden ist, um den Wirt zu veranlassen, und den Saal zu verweigern. Durch das sonderbare Verhalten beweist der Wirt, daß ihm das Wohlwollen der Firma Strom mehr gilt als das der Arbeiter, welche gerade gut genug sind, ihn täglich ihre Grobheiten ins Haus zu tragen und ihn dadurch zum reichen Mann gemacht haben. Die Arbeiter werden gut tun, sich das „arbeiterfreundliche“ Verhalten dieses Wirtes zu merken.

Die Sache kam jedoch noch schöner. Der Wirt erklärte ferner unter Zeugen, ein Polizeibeamter habe ihm die Mitteilung gemacht, er dürfe die Versammlung nicht abhalten lassen, da dieselbe nicht politisch angemeldet sei. Der Wirt stellt die Sache so hin, als liege der Schutzmann von seiner vorgesetzten Behörde gebietet worden. Wir haben sofort dem Polizeipräsidenten Mitteilung von den Ausfögen des Wirtes gemacht und um Aufklärung über das angelegliche Vorgehen der Polizeibehörde ersucht. Die

Das Geheimnis

des Erfolges unserer Bewegung ist die Kleingattaktion. Mit dem Herbst ist die Zeit für eine gründliche Pionierarbeit gekommen. Vorläufer, Vertrauensmänner und Mitglieder müssen sich freudig in den Dienst unserer Sache stellen. Dem rüftigen Schaffen der Sieg!

Kultur steht bis zur Stunde noch aus, jedoch glauben wir jetzt schon behaupten zu können, daß sich in Nachen kein Schachmann oder eine Polizeibehörde findet, die nicht wüßte, daß nach dem neuen Vereinsgesetz Gewerkschafts- und Delegationsversammlungen nicht mehr angemeldet zu werden brauchen. Hier scheint die Unkenntnis des neuen Vereinsgesetzes dem Wert und seinen Hintermännern einen bösen Streich gespielt zu haben, und sie können sehen, wie sie mit der Nachener Polizeibehörde fertig werden.

Wenn man glaubt, mit solchen Mitteln verhindern zu können, daß die Arbeiter der Firma Strom Aufklärung über das Verhalten dieser Firma gegeben wird, so wird man sich getäuscht haben. Es stehen uns noch Lokale genug zur Verfügung, und können wir auf dasjenige des „arbeitersfreundlichen“ Herrn Peters verzichten.

Für die Arbeiterchaft sollen diese Vorgänge wiederum eine dringende Mahnung sein, sich immer fester in den christlichen Berufsorganisationen zusammenzuschließen, weil der Arbeiter im wesentlichen auf seine eigene Hilfe angewiesen ist.

Es wird nochmals ersucht, den Zutritt von Arbeitern zur Firma W. J. Strom streng fernzuhalten.

Aus unserm Bezirke.

Bezirk Bamberg-Regensburg.

Für die in Hessen und Thüringen gelegenen Ortsgruppen unseres Bezirkes fand am 18. Oktober in Eisenach eine Agitationskonferenz statt. Alle Ortsgruppen, welche eingeladen waren, waren vertreten. Eine Anzahl Delegierte war schon am Abend vorher in Eisenach eingetroffen und besuchten dortselbst eine größere Versammlung des evangelischen Arbeitervereins, in welcher Kollege Müller-Bamberg eingehend referierte über die gegenwärtige wirtschaftliche Lage. An den Vortrag schloß sich eine sehr rege und beschwende Aussprache, an welcher insbesondere Kollege Müller-Mühlhausen und der Sekretär der evangelischen Arbeitervereine Kollege Ruffert von Eisenach sich beteiligten.

Aus den Verhandlungen der Konferenz haben alle Delegierten gelernt. Im Anschluß an den Tätigkeitsbericht des Bezirksleiters und die Berichte der Delegierten, wurde geklärt über die Frage verhandelt: Wie kann der Mitgliederzustand in den Ortsgruppen mit Erfolg entgegengeleitet werden? Manche Arbeiter sehen deswegen der Organisation den Rücken, weil sie über dasjenige, was der Verband nur auf Grund seiner Satzungen gewähren kann, nicht genügend unterrichtet sind. Um die Neutretenden vor Enttäuschungen zu bewahren, müssen dieselben sofort bei ihrem Eintritt über die Verbandsstatuten aufgeklärt werden. Diejenigen, die den Aufnahmestufen unerschrocken und das Eintrittsgeld bezahlt, sind wohl Mitglieder, aber noch lange keine Gewerkschaftler. In lebendigen Bildern der Bewegung müssen solche durch die führenden Kollegen in den Ortsgruppen ergriffen werden. Die Delegierten gaben sich das Versprechen, in Zukunft dem Kapitel „Aufklärungs- und Erziehungsarbeit“ der Mitglieder mehr als bisher Beachtung zu schenken.

Nach einem sehr instruktiven Vortrage des Kollegen Müller-Bamberg über die Bedeutung der wichtigsten in Augsburg gefassten Beschlüsse für den Verband, wurden einzelne praktische Vorschläge darüber gemacht, wie die Mitglieder über diese Beschlüsse am zweckmäßigsten aufgeklärt werden könnten. Der letzte Punkt der Tagesordnung bildete ein Referat über die Aufgaben der Vorstände und Vertrauensleute. Werden die bei dieser Gelegenheit gegebenen Anregungen und Winke von den Delegierten beachtet und auch befolgt, wird und muß unsere Sache in Hessen und Thüringen Fortschritte machen.

Bezirk M.-Gladbach.

Die diesjährige Bezirkskonferenz fand am 11. Oktober statt. Dieselbe war von 46 Delegierten besucht. Auch wurde der Zentralvorsitzende Schiffer derselben bei. Der Bezirksvorsitzende gab in seinem Geschäftsbericht einen Überblick über den Stand der Bewegung. Auch über die Frage des Zweistufensystems wurde, weil diese Frage im Vordergrund des Interesses steht, in eingehender Weise berichtet. An diesen Bericht schloß sich eine lange Diskussion. In derselben wurden manche beachtenswerten Winke gegeben.

Dieser folgte ein Referat des Kollegen Herzhoff über „die augenblicklichen Aufgaben der Organisation.“ In dem Referat legte Herzhoff dar, wie in der Jetztzeit gearbeitet werden müsse. Überall müsse man bestrebt sein, die Mitglieder sicher in die Materie der Gewerkschaftsbewegung einbringen zu lassen. Hierdurch würde zweierlei erreicht:

1. Würden die Mitglieder besser bei der Sache bleiben, denn die Erfahrung habe gelehrt, daß die meisten Mitglieder, welche dem Verbands den Rücken kehren, sich nicht viel um die Bewegung betümmern.

2. Würden wir beim Ausleben der Konjunktur auch um vieles besser aktionsfähig sein. Mit geschulten Mitgliedern lasse sich viel leichter und auch erfolgreicher operieren. Der Zentralvorsitzende gab im Anschluß an das Referat seine Erfahrungen zum besten, die in mancher Beziehung eine Erweiterung der Ausführungen des Referenten darstellten. Nachdem man sich damit einverstanden erklärt hatte, daß die bisherigen Mitglieder der Agitationskommission bis zur Auflösung derselben in diesem Amte verbleiben, wurde nach einem kurzen Schlußworte des Bezirksvorsitzenden die Konferenz gegen 7 1/2 Uhr geschlossen.

Bezirk Schlesien.

Die diesjährige Bezirkskonferenz tagte am 18. Oktober in Breslau. Der Bezirksbericht, den Kollege Müller erstatete, sowie auch die Berichte der Delegierten zeigten, daß auch im vergangenen Geschäftsjahre eifrig gearbeitet worden ist. Leider müssen wir konstatieren, daß wir noch zu viele Mitglieder haben, die in das Wesen der Organisation nicht eingedrungen sind. Diese Tatsachen wurden allgemein hervorgehoben und betont, daß gerade diese Mitglieder uns manchmal die größten Schwierigkeiten bereiten werden. Man erkannte aber auch an, daß der Verband in den einzelnen Ortsgruppen wohl und ganz den Kollegen anvertraut worden sei, was auch in der schlechten Konjunktur

benützt sei. Berichtserstattungen von den Arbeitern fernzuhalten. Dies hätten am besten die Vorgänge in Schweidnitz bewiesen. Wenn deshalb auch wegen der schlechten Geschäftslage die Entwicklung nach außen keine fruchtigen Resultate zeige, die Schaltung der Mitglieder sowie auch das Vertrauen der deutenden Kollegentente sei jedoch bedeutend gebrochen.

Kollege Jungnickel berichtete über die Verbandsgeneralversammlung in Augsburg. Sein Zahlenmaterial, sowie seine logischen Ausführungen bewiesen klipp und klar, daß die eingeführten Reformen absolut notwendig waren, wenn der Verband wie bisher, so auch in Zukunft allen an ihn Verantwortenden Aufgaben gerecht werden soll.

Die Diskussion über diesen Punkt war eine lebhaft. Mehrere Delegierte waren der Ansicht, daß man es für Schließen bei dem alten Verträge hätte belassen sollen. Nachdem jedoch unser Bezirksleiter die Kollegen über das Verleichte dieser Ansichten aufgeklärt hatte und ihnen zeigte, welche Nachteile gerade für die schlesischen Arbeiter dadurch entstünden, fand die nützliche Diskussion ihren Abschluß. Bezüglich der Durchführung der Augsburger Beschlüsse waren sich alle einig, daß durch ständige Aufklärung und rege Agitation dieselben ohne Schaden für den Verband durchgeführt werden könnten.

Anschließend daran referierte Kollege Müller über „Verwaltungsorgan und Winteragitation.“ Redner schilderte die Aufgaben der einzelnen Vorstandsmitglieder und legte denselben vor allen Dingen die Verantwortung tüchtiger Vertrauensmänner ans Herz. Im Laufe des Winters müßten in jeder Ortsgruppe Diskussionsabende, Unterrichtskurse veranstaltet werden. Die Bibliotheken seien besser auszubauen und in erster Linie von den Kollegen des Vorstandes sowie von den Vertrauensmännern mehr zu benutzen. Die Versammlungen, auch die kleinsten, bedürften einer guten Vorbereitung, wenn selbige den gewünschten Erfolg bringen sollen. Systematische, auf das sorgfältigste vorbereitete Hausagitationen müßten in jeder Ortsgruppe besonders jetzt vorgenommen werden. Verschiedene Winke, wie Versammlungen interessant gestaltet werden können, beendeten seine Ausführungen.

Nach Vornahme der erforderlichen Wahlen und nach einem ermunternden Schlußworte des Vorsitzenden, verabschiedeten die Delegierten mit Mut und Tatkraft an die Arbeit zu gehen. Damit fand die Konferenz um 6 Uhr ihren Abschluß.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Augsburg. Unsere Ortsgruppe hielt am 11. Oktober ihre Monatsversammlung ab. Der Vorsitzende begrüßte insbesondere den Kollegen Eisenich vom Zentralvorstande. Bezirksleiter Geier erstattete einen interessanten Bericht über die Verhandlungen der Verbandsgeneralversammlung. Zum Delegierten nach Kaufbeuren wurde der Vorsitzende Schilling einstimmig gewählt.

Ostern. Eine stark besuchte Mitgliederversammlung hatten wir am 11. Oktober. Der als Referent erscheinende Kollege Pödes sprach in längerer Ausführungen über die Verbandsgeneralversammlung in Augsburg. Redner verstand es, in sachlicher Weise die Augsburger Verhandlungen zu schildern und die Notwendigkeit der dort beschlossenen Reformen zu begründen. Die dem Vortrag folgende Diskussion bewegte sich im zustimmenden Sinne. Es wurde beschlossen, noch in diesem Jahre einen Familienabend zu veranstalten. Bekannt wurde, daß es erwünscht sei, bei dieser Gelegenheit den Angehörigen der Mitglieder die große Bedeutung des Verbandes vorzuführen. Nach Absingen eines Weberliedes wurde die Versammlung geschlossen.

Mors. In unserer Versammlung vom 11. Okt. wurde als Delegierter zur Bezirkskonferenz Kollege Albrun und als Vertrauensmann Kollege Höp gewählt. Unter Punkt Verschiedenes der Tagesordnung wurden u. a. auch die Verhältnisse in der hiesigen Schöpperischen Fabrik besprochen. Die Arbeiter der genannten Firma haben unter allerlei Mißständen, besonders aber unter einer ungenügenden Entlohnung zu leiden. Hoffentlich lernen dadurch die Arbeiter den Wert der Organisation als Mittel zur Besserung ihrer Lage schätzen.

Neuenkirchen bei Rheine. In der am 22. Okt. stattgefundenen Versammlung wurde zunächst an Stelle des verstorbenen Vorsitzenden, Kollegen Langenbröcker, der Kollege Bernhard Haarmann mit großer Majorität zum Vorsitzenden gewählt. Als weiteres Vorstandsmitglied wurde der Kollege Joh. Eißhard gewählt. Nunmehr hielt der Bezirksvorsitzende einen Vortrag über die Reformen unseres Verbandes. Wasgehend davon, daß auch in Neuenkirchen seit Bestehen unserer Organisation auf den verschiedensten Gebieten Verbesserungen eingetreten sind, begründete er vornehmlich die beschlossene Vertragserhöhung. Diese dürfe niemals Veranlassung sein, die Organisation zu verlassen. Im Gegenteil. Schon möglichst bald solle man nicht allein die Pflichtbeiträge, sondern auch höhere Beiträge entrichten, wie es schon manche Mitglieder auch hier seit Oktober tun. Gemeinsame Sitzungen von Vorstand und Vertrauensmänner böten die Sicherheit, daß auch in Zukunft echte Solidarität und Einigkeit bestehen bliebe, nur dann würden wir unserem Ziele näher kommen. Hoffen wir, daß die Worte des Bezirksvorsitzenden befolgt werden.

Wengersdorf (Schlesien). Obwohl in unserer Versammlung vom 11. Oktober eine fremde Referentin anwesend war, zog eine große Anzahl Arbeiter und Arbeiterinnen die Rimeßvergnügen auf den umliegenden Dörfern einer ernstlichen Besprechung ihrer Interessen vor. Dabei wäre es die höchste Zeit, daß die Arbeiterschaft der schönen Grafschaft Glatz endlich einmal der Verbesserung ihrer Lage mehr Beachtung schenke. Die Referentin, Kollegen Franz Breslau vom Gewerksverein der Putzarbeiterinnen, behandelte in ihrem Vortrage: „Die Aufgaben der Arbeiterin im Gewerksleben.“ Unser Bezirksleiter, Kollege Müller, zeigte uns in seinen Ausführungen ein Bild von der Entwicklung unseres Verbandes. Zahlenmäßig wies er die großen Erfolge desselben für die Arbeiterschaft nach.

St. Lönis. Die am 18. Oktober abgehaltene Generalversammlung war schlecht besucht. Nachdem der Kassierbericht zum dritten Quartale bekannt geworden war, erstattete Kollege Weismann Bericht über die Verbandsgeneralversammlung. Besonders das Vertragswesen und die Arbeitslosenunterstützung

wurden eingehend erläutert. Da die Wahl eines Vorsitzenden zur Tagesordnung stand, wurde Kollege Albrun für die hierfür erwählte. Als Delegierte für die am 25. Oktober stattfindende Bezirkskonferenz wurden der Vorsitzende und Kollege Rath Marquardt gewählt.

Verleutenhude. Der Besuch unserer Generalversammlung vom 11. Oktober ließ trotz guter Bekanntheit zu wünschen übrig. Den Bericht über die Verbandsgeneralversammlung erstattete Kollege Schimmer-Mücheln. Derselbe erklärte eingehend die gefassten Beschlüsse und wies besonders auf die Notwendigkeit der Vertragserhöhung und der Einführung der Arbeitslosenunterstützung hin. Es gelte nun vor allen Dingen, in eine rege Agitation für unseren Verband einzutreten, an welcher sich nicht nur die Vorstandsmitglieder, sondern alle Kollegen und Kolleginnen beteiligen müßten. Wir müssen unsere Organisation stärken, damit wir bei besserer Konjunktur gerüstet dastehen. In der Diskussion erklärten sich alle mit den Beschlüssen unserer Verbandsgeneralversammlung einverstanden.

Aus unserer Industrie.

Wie es in der Baumwollbranche aussieht.

Die Lage der Baumwollindustrie ist zurzeit hauptsächlich von folgenden Faktoren abhängig: von der Situation des Rohstoffmarktes, von der Streiksituation in England, von der politischen Lage. Was zunächst den Rohstoffmarkt anlangt, so liegt dieser im Zeichen ungewöhnlich großer Zufuhren. In der vorigen Woche kamen 631.000 Ballen Baumwolle in Sicht, ein Quantum, das einen Rekord darstellen dürfte. Insgesamt sind, nach dem „Confession“, bisher seit Beginn der Saison resp. seit 1. September 2.406 Mill. Ballen in Sicht gekommen (gegen 1.826 und 2.281 Mill. Ballen in der gleichen Zahl der letzten zwei Jahre). Die diesjährigen Zufuhren sind also bisher nicht unerheblich größer, als selbst im Jahre 1908, das durch die bisher größte Ernte von 13,6 Mill. Ballen ausgezeichnet war. Aus den reichen Zufuhren läßt sich aber ein Rückschluß nicht ziehen, daß die diesjährige Ernte jene von 1906 erreichen oder gar übertreffen wird. Im Gegenteil lauten die verlässlichsten Berichte dahin, daß eine große Nach-Ernte nicht in Aussicht steht. Ohne eine solche hat man aber auch im besten Fall nur einen Ertrag von höchstens 13 Mill. Ballen zu erwarten, ein Quantum, das auf das gegenwärtige Preisniveau einen spürbaren Druck ausüben würde in der Lage wäre, und man müßte in diesem Falle wohl damit rechnen, daß der niedrigste Stand der Baumwollpreise im laufenden Erntejahr 1908/09 bereits verzeichnet wurde.

Damit stimmt auch überein, daß 1. trotz der reichen Zufuhren, 2. trotz der politischen Verhältnisse, und obwohl 3. die eine Zeit lang gelagerten Hoffnungen, daß der Lohnkampf in Lancashire einen Abschluß sich näherte, keine Besserung gefunden haben, die Baumwollpreise in der vorigen Woche eine feste Haltung bekamen. Am 10. d. M. war der Preis der Middling-Baumwolle in Liverpool auf 4,98 d gefallen, er stieg aber im Verlaufe der vorigen Woche bis 5,03 d am 17. d. M. Noch erheblicher war die Reprise in New-York, nämlich von 9 auf 9,30 Cents. Doch sind auch diese gestiegenen Preise noch immer die niedrigsten seit dem Sommer 1905, und es ist Tatsache, daß, während seit der vor Jahresfrist ausgebrochenen amerikanischen Geldkrise die Preise der meisten amerikanischen Effekten um 30 bis 50 pCt. ihres vorjährigen Niveaus gestiegen sind, während ferner auch viele Warenpreise eine Aufbesserung erfahren haben, die Baumwollpreise allein billiger geworden ist. Daß ihr Preisstand für niedrig erachtet wird, geht auch daraus hervor, daß die Bezüge der Spinner trotz des anhaltend schlechten Geschäftsganges größer als im vorigen Jahre sind. England hat wohl weniger Baumwolle übernommen. Die Entnahmen des europäischen Kontinents belaufen sich aber bisher auf 424.000 t. (v. 283.000 Ballen).

Der Lohnkampf in Lancashire hat den Weltmarkt bisher nicht in der erwarteten Weise entlastet. Obwohl die Auslieferung bereits vier Wochen dauert, sind die Webereien zumeist noch im Gange. Es müssen also erheblich größere Garnvorräte vorhanden gewesen sein, als man gewöhnlich angenommen hatte. Englands Garn-Exporte beliefen sich in den ersten neun Monaten 1908 auf 171,5 (-6,2) Mill. englische Pfund. Der Garn-Export blieb also hinter dem Vorjahr, einem Jahre der Hochkonjunktur in alldseitiger Garnnot, nur wenig zurück. Nur Deutschland hat in diesem Jahre wesentlich weniger englische Garne bezogen, nämlich 33,4 (-15,9) Mill. englische Pfund. Deutschlands Bezüge rührten wohl zu einem sehr wesentlichen Teil noch von alten Schüssen her, da ja schon seit langer Zeit die deutschen Garnpreise sich weit unter englischer Parität hielten. Der Export von englischen Baumwollwaren belief sich in den ersten neun Monaten 1908 auf 4309 (-472) Mill. Yards. Hier ist also der Zufall wohl bedeutender als bei den Garnen. Trotzdem scheinen aber die ausländischen Absatzgebiete Englands zumeist mit Waren noch sehr wohl versorgt, zum Teil noch förmlich überflutet zu sein. Denn nur so ist es zu erklären, daß trotz des Lohnkampfes in der Spinnerei Lancashire, der ja naturgemäß auch die englische Weberei in Mitleidenschaft zu ziehen begonnen hat, die Situation auf dem internationalen Markte eine gedrückte bleibt.

Nicht trägt dazu übrigens auch die politische Benachteiligung infolge der Balkanwirren bei. Vor einem Jahre war es die Geldkrise in Amerika, die das Geschäft demoralisierte; jetzt ist es die politisch ungeläutete Lage, die eine Unternehmungslust nicht aufkommen läßt. Bis zum Herbst 1907 und vor zwei Jahren konnte man keine Grenze für die Hausse, und jetzt scheint es nach einer noch immer ziemlich verbreiteten Meinung keine Grenze für die Bauffe geben zu sollen. Die Preisbesserung, die man von dem englischen Streik erwartete, hielt sich in engen Grenzen. Am 16. Oktober kostete die Middling-Baumwolle in Bremen 47 1/2 Pfennig, resp. um 3 Pfg. weniger als am 11. September, also vor Beginn des Lohnkampfes. In der gleichen Zeit sind aber auch die Garnpreise um 2 Pfennige zurückgegangen, so daß die Parität (zwischen Rohwoll- und Garndreißel) sich kaum gebessert hat, und auch die Gewandpreise haben einen

entsprechenden Rückgang erfahren. Die teure Ware aus den alten Schüssen ist noch immer nicht ganz aufgebraucht und die Aufrechterhaltung der Betriebsreduktionen und ihre einseitige Durchführung ist im Interesse der Gewandung des Marktes wohl notwendig. Inwiefern diese die Ursache der richtigen sein, daß der Bestand der Preise nun bereits erreicht ist, und daß Ware zu haben heute wohl nicht mehr mit einem so großen Risiko verbunden ist, als keine zu sein.

Gewerkschaftliches.

Aus unseren Verbänden.

Gutenbergsbund und Tarifgemeinschaft im Buchdrucker-Gewerbe. Anknüpfend an die auch in unserer Zeitung erwähnten Resolutionen der Delegiertentage der kath. Arbeitervereine der Diözesen Köln und Münster schreibt das „Zentralblatt“ im Nr. 21:

Die Buchdruckerfrage muß nun bald für die christliche Arbeiterbewegung in ein anderes Stadium eintreten. Das Gebiet der christlichen Gewerkschaften ihre Selbstachtung. Der Gutenbergsbund gehört nunmehr seit zwei Jahren dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands an und hat während dieser Zeit nach Kräften an der Durchführung der tariflichen Vereinbarungen im Buchdrucker-Gewerbe mitgewirkt. Die christlichen Gewerkschaften haben sich die Ein- und Durchführung des Korporativvertrages zum Ziele gesetzt und für eine Organisation, die diesem Ziele zustrebt, wäre innerhalb des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften kein Platz. In allen größeren Tarifabschlüssen in den verschiedensten Gewerkschaften Deutschlands sind die christlichen Gewerkschaften beteiligt, nur nicht im Buchdrucker-Gewerbe. Dabei bringt es das Buchdrucker-Gewerbe mit sich, daß es in viel stärkerer Maße der christlich-nationalen Arbeiterbewegung günstig gestimmten öffentlichen Meinung ausgesetzt ist, als jedes andere Gewerbe. Der Gutenbergsbund wurde im Jahre 1902, weil er angeblich neben dem tariflichen Arbeitsnachweis eine Sonderstellenvermittlung geführt haben soll, für tarifunfähig erklärt. Als der Gutenbergsbund 1906 in den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften aufgenommen wurde, wurde ihm ausdrücklich zur Pflicht gemacht, allen tariflichen Beschäftigten des Buchdrucker-Gewerbes Genüge zu leisten. Diesen Verpflichtungen ist der Gutenbergsbund seither nachgekommen. Daher hat der aus Arbeitgebern und Arbeitern bestehende Tarifausschuß des Buchdrucker-Gewerbes im April 1907 beschlossen, „daß grundsätzliche Bedenken gegen die Aufnahme des Gutenbergsbundes (in die Tarifgemeinschaft) nicht vorliegen“. Kurz nachher hat der Verband deutscher Buchdrucker, der der Generalkommission der sozialdemokratischen Gewerkschaften angeschlossen ist, eine wüthende Heiße gegen den Gutenbergsbund inszeniert und damit erreicht, daß dessen für Anfang 1908 vorgesehene Aufnahme in die Tarifgemeinschaft vereitelt wurde. Die christlichen Gewerkschaften schwiegen damals; sie wollten den durch den sozialdemokratischen Radikalismus geführten neugefalteten nationalen Tarifwert des Buchdrucker-Gewerbes nicht noch weitere Schwierigkeiten bereiten. Auch durch Drängen der Mitglieder des Gutenbergsbundes ließ sich der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften in diesem seinem Verhalten nicht betreten; die für die übrige Industrie vorbildlichen Ertragenschaften des Buchdrucker-Gewerbes standen der Leitung der christlichen Gewerkschaften höher, als einige agitatorische Vorteile. Der Gutenbergsbund richtete daraufhin im Januar 1908 an das Tarifamt das Ersuchen, den im September 1902 gefassten Beschluß betr. die Tarifunfähigkeit des Gutenbergsbundes aufzuheben“, worauf ihm erwidert wurde, der Antrag müsse „dem Tarifausschuß zur Beschlußfassung vorgelegt werden“, dessen Zutritt... in der Sache wahr-scheinlich ist“. Der Herbst ist nun gekommen. Der Tarifausschuß des Buchdrucker-Gewerbes wird nun alsbald in fraglicher Angelegenheit zur „Beschlußfassung“ schreiten. Die Grundfrage, auf der nationale Tarife abgehandelt werden, ist nicht interne Angelegenheit eines Gewerbes; auch andere Kreise sind daran stark interessiert. Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften hat bisher gegenüber den leitenden Vorgängen im Buchdrucker-Gewerbe eine weise Mäßigung und Zurückhaltung beobachtet. Der Einbeziehung und Mitwirkung des Gutenbergsbundes in die Institutionen des Buchdrucker-Gewerbes sieht heute nicht mehr im Wege als höchstens die Terrorismus-Männer des Verbandes deutscher Buchdrucker. Und vor diesen Kapitalisten der christlichen Gewerkschaften nicht! Wir sprechen daher die bestimmte Zuversicht aus, daß, wie die christlichen Gewerkschaften bei der Tarifgestaltung anderer Gewerbe mitwirken, so auch im Buchdrucker-Gewerbe der Gutenbergsbund nicht mehr länger von dieser Mitwirkung ausgeschlossen bleibt. Diese Forderung müssen die christlichen Gewerkschaften nunmehr ihrer Selbstachtung willen erheben.

Aus gegnerischen Organisationen.

Sozialdemokratische Traumbilder. Die Begründer des heutigen Systems des Sozialismus und der Sozialdemokratie tun sich nicht wenig darauf zugute, diesen „von der Utopie“ — Traumbilder — „zur Wissenschaft“ fortentwickelt zu haben. Sie wollen den Sozialismus aus dem Reibel der Utopie herausgehoben und in ein wissenschaftliches System gebracht haben, demzufolge derselbe eine naturwissenschaftliche Folge der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsweise und bezeugen sei, diese abzulösen und als höhere Wirtschaftsweise ihre Nachfolgerin zu werden. Um zu diesem „wissenschaftlichen System“ zu gelangen, unter-schieden sie dem „Kapitalismus“ eine Reihe von Entwicklungsstadien und leiten aus diesen ihre Theorien ab, die Krisen-, Konzentrations-, Zusammenbruchstheorien usw., wobei sie übersehen, daß im Laufe der Zeit dieselbe selbst wieder als Utopie erwiesen worden sind.

Mit solchen utopistischen Ideen im modernen Sozialismus beschäftigt sich in der neuesten Nummer (21) der „Sozialistischen Monatshefte“, Genosse Franz Kaufmüller. Als eine der ersten utopistischen Ideen bezeichnet er den „Glauben an eine plötzliche Umwandlung der menschlichen Gesellschaft“, die durch die eben schon genannten Katastrophen- oder Zusammenbruchstheorie. Nach Kaufmüller aber ist sie unhaltbar.

„Die Katastrophentheorie, so begründet er dies, die im Gedanken des wirtschaftlichen Massenstrebens — hoffentlich zum letzten Male — aufleuchtet, ist nach Analogie der vulkanischen Eruptionen entstanden; sie verzicht aber, daß wir bei der Umgestaltung der Gesellschaft nicht mit totem Gestein, sondern mit lebenden Menschen zu tun haben. Wer jemals beobachtet hat, wie schwer sich die sozialen Umwälzungen vollziehen, eben weil sie so tief ins menschliche Leben eingreifen, der wird den utopistischen Glauben an die Dauerhaftigkeit der sozialen Revolution verloren haben.“

Diese sozialistische Revolutionsromantik hat aber dazu geführt, daß die Sozialdemokratie sich im

wesentliche und Kritik an dem „Moloch Kapitalismus“ beschränkte und darüber jegliche positive Arbeit vergaß. Selbst in sozialdemokratischen Kreisen hat man diese Unfruchtbarkeit des Sozialismus recht wohl gemerkt, wie wiederholte Klagen über diese Negationspolitik aus sozialdemokratischen Kreisen dartun. So schreibt auch „Genosse“ Lauffötter:

Das sozialistische Wankschertum des laisssez faire, laisssez aller hat schon vielfach Schaden angerichtet und manchem Menschen das Leben verbittert. Es ist Zeit, daß man endlich einleuchtet, wie unfruchtbar eine bloße Negation ist, und wie notwendig die Sozialismus der positiven Arbeit bedarf. Wir können nicht in die sozialistische Weltanschauung hineinschlafen, wir müssen uns hineinbewegen, schrittweise, unter harten Kämpfen müssen wir uns jeden Fußbreit des Neulandes erobern. Hierzu genügt es nicht, das Alte, Ueberlebte niederzureißen, sondern das Hauptgewicht muß auf den Aufbau gelegt werden.

Besonders bemerkenswert ist es, wie „Genosse“ Lauffötter eine dritte sozialdemokratische Utopie abwandelt. Die sozialdemokratische Presse liebt es für gewöhnlich, im sozialen und auch politischen Leben hervortretende Mißstände, Vergehen oder gar Verbrechen gerne als „unzertrennbare Begleiterscheinungen“ der kapitalistischen Produktionsweise, des „Klassenstaates“ hinzustellen und dann so zu tun, als ob das sich mit einem Schlage zum Besseren ändern werde, wenn erst der „Klassenstaat“ durch den „Zukunftstaat“ ersetzt sei. Mit diesem sollen dann alle Menschen auf einmal „Engel“ werden. Wie verhält es sich in Wirklichkeit mit diesen Zukunftsaussagen?

rein utopisch gedacht ist es, wollte man annehmen, der sozialistische Zukunftstaat werde ideale, vollkommenere Zustände schaffen. Auch im Zukunftstaat wird mit Wasser getischt werden, und auch dort werden die Menschen keine Engel sein, sondern Menschen mit menschlichen Schwächen und Mängeln bleiben. Kann man nicht häufig in sozialistischen Zeitungen noch die Behauptung finden, daß es im Sozialstaate keine Verbrechen mehr geben werde? Dieser utopische Gedanke ist geradezu naiv und zeugt von einer Verkennung der Faktoren, aus denen die menschlichen Handlungen erwachsen. Selbstverständlich werden infolge der Verbesserung der sozialen Zustände alle die Vergehen unmöglich gemacht, die ihre Ursache in diesen Zuständen haben, wie beispielsweise Eigentumsverbrechen; dagegen werden alle die antisozialen Taten möglich bleiben, die ihre Ursache in der Veranlagung der Menschen haben. Warum sollte es im Zukunftstaat keine Verbrechen aus Ehrgeiz, Eifersucht, Jagdorn und geschlechtlichen Motiven mehr geben?

Also nach Lauffötter geht es in keiner Weise an, die Auswüchse im heutigen Wirtschaft- und Kulturleben etwa als unabänderliche Begleiterscheinungen des Kapitalismus hinzustellen. Wenn das aber der Fall ist, wenn auch in dem vielgepriesenen Zukunftstaat die Bösen nicht neben den Tüchtern weiden werden, hier also Verbrechen so gut vorzukommen sollen wie dort, was soll da ein auf unwissenschaftlichen Grundlagen beruhender „Erlöser“ Sozialismus! Wird da nicht durch eine auf gesunde soziale Zustände hinarbeitende Reform viel mehr hinsichtlich der Gesunderhaltung der Menschheit erreicht werden? Zumal wenn der Kapitalismus daran im Sinne seiner Selbsterhaltung das meiste Interesse hat? Diese sozialdemokratische Utopie oder Illusion aber, daß die menschlichen Handlungen — gute wie böse — in so engem Zusammenhang zu unserer Wirtschaftsordnung stehen, von ihr entscheidend beeinflusst werden sollen, ist nach Lauffötter nur die Konsequenz einer weiteren Utopie, nämlich des „viel zu eng aufgestellten ökonomischen Materialismus“. Die materialistische Geschichtsauffassung, nach der die Handlungen der Menschen nur ein Reflex der äußeren wirtschaftlichen Umgebung sein sollen, die sie zu eng gefaßt, sie ist „falsch“, und damit wird dem heutigen Sozialismus sein härtestes Fundament entzogen.

Diese „Utopien“ im modernen Sozialismus, deren „Illusionen“ „Genosse“ Lauffötter hier verpöht, sind niemand anders als die orthodoxen Anhänger von Karl Marx, die „Genossen“ Kaugly, Luxemburg, Ledebour, Stadthagen und Geißler, die „sich in dem Anteil der Wissenschaft hielten, tatsächlich über den Utopismus nicht hinausgewachsen sind“. Und aus diesem Anteil blüht der Vortritt des „wissenschaftlichen Sozialismus“ aus allen Löchern hervor.

Nicht „freie“ sondern sozialistische Gewerkschaften. Im September waren es 40 Jahre, seit die ersten beruflichen Arbeiterorganisationen in Deutschland gegründet wurden. Sie nannten sich damals „Arbeitervereine“. Erst einige Jahre später nahmen sie die Bezeichnung „Gewerkschaften“ an. Dies gilt für die im sozialdemokratischen Rahmen stehenden Berufsorganisationen, während die von Max Gorki und F. Duncker gegründeten Berufsverbände sich Gewerkschaften nennen. Ende der neunziger Jahre kam noch eine weitere Organisationsrichtung hinzu: es waren die christlichen Gewerkschaften. Durch das offene Bekenntnis der letzteren zur christlichen Weltanschauung wurden gleichzeitig die Grundzüge und Bestimmungen der bestehenden Gewerkschaftsorganisationen offenbarer. Trotzdem nun für jeden, der nur einigermaßen Einblick in die Arbeiterbewegung hat, die Tatsache feststeht, daß die älteste Gewerkschaft mit der Sozialdemokratie seitens ein war und ist, wurde dieses besonders in der Agitation auf dem Lande häufig bestritten. Zum Beweis der Neutralität führte man die Begründung der Gewerkschaft als „Freie“ an und demonstrierte so der oft ahnungslosen Masse vor, daß in den Reihen der Gewerkschaften jeder hinsichtlich seiner weltlichen und religiösen Anschauung „frei“ sei. Gerade einmal die Rückständigkeit solcher Agitationsweise gebrauchend, kann man sich fragen, weshalb man nicht schon vor Jahren die Gewerkschaften als „freie“ bezeichnet hätte, wenn man sich nicht durch die Agitation auf dem Lande häufig bestritten. Zum Beweis der Neutralität führte man die Begründung der Gewerkschaft als „Freie“ an und demonstrierte so der oft ahnungslosen Masse vor, daß in den Reihen der Gewerkschaften jeder hinsichtlich seiner weltlichen und religiösen Anschauung „frei“ sei. Gerade einmal die Rückständigkeit solcher Agitationsweise gebrauchend, kann man sich fragen, weshalb man nicht schon vor Jahren die Gewerkschaften als „freie“ bezeichnet hätte, wenn man sich nicht durch die Agitation auf dem Lande häufig bestritten.

leer und bedeutungslos wie nur möglich, es sagt überhaupt nichts. Was aber noch schlimmer: Dasjenige, was es in diesem Falle sagen soll, trifft nicht zu. Unsere Gewerkschaften sind von der Sozialdemokratie ebensowenig frei, wie die christlichen es vom Zentrum sind — und es wäre traurig, wenn es auf unserer Seite anders wäre. Die Tatsachen liegen so klar auf der Hand, die Beweise, daß die Gewerkschaften zu der Sozialdemokratie in sehr engen Beziehungen stehen, so daß es den Christlichen gar nicht schwer geworden ist, natürlich mit der üblichen Uebertreibung, auf Grund dieser Tatsachen nachzuweisen, daß die von uns namentlich im Westen betonte Unabhängigkeit der Gewerkschaft von der Partei nicht besteht. Wenn unsere Gewerkschaftsführer erklären, daß Partei und Gewerkschaft eins sein, wenn Generalkonmission und Parteivorstand gemeinsame Maßnahmen beschließen und beschließen, wenn die Gewerkschaften zu den Wahlen der Partei fliehen, wenn sie bei Wahlen für die Kandidaten der Sozialdemokratie eintreten, wenn sie die politischen Aktionen der Partei unterstützen, so wird das jeder denkende Arbeiter für ganz in Ordnung, für höchst nützlich, ja für notwendig zum Gelingen beider Teile halten. Aber dann haben wir auch kein Recht mehr, von „freien“ Gewerkschaften zu reden, und dieser Bezeichnung eine Deutung zu geben, als ob die Gewerkschaft in gar keiner Beziehung zur Sozialdemokratie stünde, als ob sie nicht im Gegenteil Wert darauf legte, das Verhältnis zur Partei möglichst eng zu gestalten, natürlich nicht im Sinne der Unterordnung, sondern im Sinne enger Zusammenwirkung zweier gleichberechtigten, demselben Ziele zustrebenden Kampfgenossen. Einem solchen Verhältnis wird aber die Bezeichnung „freie“ Gewerkschaften nicht gerecht, und deshalb ist sie falsch.“ Nachdem so die Bezeichnung „freie“ Gewerkschaften abgelehnt wird, wird auch der Name „modern“ als unrichtig bezeichnet und darauf hingewiesen, daß mit gleichem Recht auch die übrigen Organisationen sich so bezeichnen könnten. Des ferneren wird betont, daß bereits auf dem internationalen sozialdemokratischen Kongress in Stuttgart der Versuch gelang wurde, Gewerkschaft und Partei sollen sich unterordnen und ihre Mitglieder in sozialistischem Sinne erziehen. Die „Hilfsarbeiterzeitung“ kommt zu folgenden Resümee: „Bedürfen wir also eines untergeordneten Wortes im Namen unserer Organisationen und wollen wir nichts sagen, die zeitliche und irdische Bezeichnungen vermeiden, dann sagen wir nicht „freie“, auch nicht „moderne“, sondern „sozialistische Gewerkschaften“. Damit bezeichnen wir uns am besten den Geist, der uns als Angehörige der Klassenbewegten Arbeiterbewegung befeuert, damit bekunden wir unsere durch die Grundanschauung und das Endziel gegebene Gemeinschaft von Partei und Gewerkschaft, damit nehmen wir auch den Christlichen die Bezeichnung, ihre Spalten mit Material gegen die Neutralität unserer Gewerkschaften zu füllen, da wir gegen eine solche Neutralität schon durch unseren Namen protestieren.“

Ob zwar die volle Ehrlichkeit mit dem Namen sozialistische Gewerkschaften noch nicht zum Ausdruck kommt, so zeigen doch wenigstens die Darlegungen, daß die Sozialdemokratie und Gewerkschaft eins sind. Auf die Schicksalsschicksale der christlichen Gewerkschaften einzugehen, können wir uns schenken, sie sind oft genug schon widerlegt worden.

Aus Arbeitgeberkreisen.

Ueber einen traffen Fall von Terrorismus eines Arbeitgebers weiß die Frankfurter Zeitung zu berichten. Bei der Eröffnung einer neuen Schwurgerichtsperiode in Mannheim bemerkte nämlich der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Dr. Hummel, daß unter den ausgelassenen Schwurwornen sich auch ein Arbeiter befunden habe. Dieser habe aber von seinem Amte entbunden werden müssen, da die Firma, bei der er beschäftigt sei, ihm erklärt habe, daß er entlassen werde, wenn er sein Amt ausüben wolle. Den Namen der Firma nannte der Vorsitzende leider nicht.

Da bemühen sich nun die organisierten Arbeiter seit Jahr und Tag darum, daß sie zur Rechtspredung als Schöffen und Geschworene mit herangezogen werden, alle Sachverhältnisse sprechen sich für diese Einrichtung aus, selbst in der geplanten Straßprojektreform werden Diäten für Schöffen und Geschworene in Aussicht genommen, und ein Unternehmer darf es sich trotzdem anmaßen, einem Arbeiter mit Entlassung zu drohen, wenn er von seinem Rechte Gebrauch macht. Das ist ein ungeheures Verbrechen, welches beweist, wie wenig manche Arbeitgeber gewonnen sind, von ihrem Herrschaftsstande herabzusinken. Unter diesen Umständen erscheint es notwendig, daß bei der kommenden Straßprojektreform auch Bestimmungen getroffen werden, daß derartige Vorgänge wie hier in Mannheim, sich nicht öfter ereignen.

Aus der ausländischen Arbeiterbewegung.

Die englischen Gewerkschaften haben im Jahre 1907 die höchste bisher erzielte Mitgliederzahl erreicht. Es waren insgesamt vorhanden 1161 Gewerkschaften (Trade Union) mit 2106233 Mitgliedern, das ist gegenüber dem vorhergehenden Jahre ein Zuwachs von 10,1 Prozent. Die Zahl der weiblichen Mitglieder betrug 162453. Davon ist die größte Mehrzahl in der Textilindustrie beschäftigt. Den höchsten absoluten Zuwachs hatten die Gewerkschaften der Bergleute mit 73000 oder 15,3 Prozent zu verzeichnen. Es folgen die Textilarbeiter mit einem Mehr von 36000 Mitgliedern (13,8 Prozent), die Eisenbahnbediensteten mit 19000 (23,7 Prozent), Maschinen-, Eisen- und Metallarbeiter mit 22000 (6,4 Prozent). Stark zugenommen haben ferner die Gewerkschaften der ungeschulten Arbeiter, öffentlichen Angestellten und der Arbeiter in gemischten Gewerben. Die Organisationen des Bauwesens dagegen sind in der Mitgliederzahl in den letzten Jahren beinahe zurückschlagend. Die 100 bedeutendsten Gewerkschaften mit 1273995 Mitgliedern (60 Prozent) hatten 1906 insgesamt ein Einkommen von 2344157 Pf. St. Die Ausgaben derselben betragen 1906 676 Pf. St. Das Vermögen belief sich am Ende des Jahres auf 5198336 Pf. St. — Die Ausgaben verteilten sich wie folgt: Für Arbeitslosenunterstützung 421292 Pf. St., Kosten für Arbeitslosenunterstützung 154817 Pf. St., Sozialfürsorge 922933 Pf. St., Rekrutierungskosten und andere Ausgaben 459574 Pf. Sterling.

Allgemeine Rundschau.

Soziale Wahlen.

Nach im Schlaf regt es sich. Noch nicht allgemein ist es klar, daß bei den Wahlen zu den sozialen Institutionen das Volk unberührt den Sozialen überlassen blieb. Mit dem Ausbruch der christlichen Gewerkschaftsbewegung wurde das anders. Mit Energie und Tatkraft trat sich nun auch die christ-

liche Arbeiterschaft eine Vertretung zu erkämpfen. Besonders in diesem Jahr geht heiß her. Wir haben kürzlich über den Ausfall der Wahlen zur Ortskonferenz in Mülhausen-Stadt berichtet. Nunmehr haben auch die Wahlen zur Ortskonferenz in Colmar und zum Gewerbeamt in Straßburg stattgefunden. Die Resultate sind folgende: In Colmar erhielt die Liste des „freien“ Gewerkschaftsblocks 1167, jene der vereinigten nichtsozialdemokratischen Klassenmitglieder 770 Stimmen. In Straßburg erhielten die „Freien“ 2160, die Liste des christlichen ins Leben gerufenen Ausschusses für soziale Wahlen 776 Stimmen. In beiden Orten haben also die „Genossen“ gestiegt. Immerhin aber ist auf Seiten der Christlichen der Stimmenzuwachs gegenüber der letzten Wahlen prozentual bedeutend größer wie bei den Genossen. Doch bleibt noch viel zu tun. Groß war auch bei diesen Wahlen die Zahl der Indifferenten, die überhaupt nicht wählten. Unter diesen durch rege Kleinarbeit Aufklärung zu schaffen und an Boden zu gewinnen, muß unsere nächste Aufgabe sein. Stärkung der christlichen Gewerkschaften ist insbesondere das Hauptwort, das uns vorwärts zu bringen vermag. Darum auf zur Tat!

Allgemeines.

Die Tätigkeit der Gewerbeämter im Jahre 1907. Der Bericht über die Tätigkeit der Gewerbeämter im Jahre 1907 wird (siehe in Nr. 9 des Reichsarbeitsblattes) veröffentlicht. Daraus ist zu ersehen, daß im Jahre 1907 im Deutschen Reich 425 gegen 339 im Jahre 1906 auf Grund des Reichsgesetzes errichtete, 20 (1906: 20) auf Grund des Landesgesetzes zur Entscheidung gewerblicher Streitigkeiten berufene Gewerbeämter und 419 (1906: 429) Innungs- und Handwerksgerichte bestanden. Letztere bestehen bekanntlich nur für die im Handwerk beschäftigten Meister und Gesellen. Die Zahl der beim Gewerbeamt angebrachten Klagen betrug insgesamt 112543 gegen 114530 im Vorjahr. Es wurden also 1907 Klagen weniger angebracht als im Jahre 1906.

Von diesen Klagen waren anhängig gemacht worden von

	1906	1907	+ oder -
Arbeitern gegen Arbeitgeber	103 532	102 674	- 858
Arbeitgeber gegen Arbeiter	10 665	9 472	- 1 183
Arbeitern gegen Arbeiter	343	397	+ 54

Die Klagen der Arbeiter gegen Arbeitgeber und umgekehrt die der Arbeitgeber gegen Arbeiter haben gegenüber dem Vorjahre eine bedeutende Einschränkung erfahren. Es wird das wohl in der Hauptsache auf die schlechte Konjunktur und auf die steigende Zahl der Tarifabschlüsse zurückzuführen sein. Die Zahl der Klagen der Arbeiter derselben Arbeitgeber untereinander haben zugenommen. Von all den Klagen wurden bis zum Jahreschlusse 1907 erledigt durch

	1906	1907	+ oder -
Bergleich	48 629	47 373	- 1 256
Bericht	2 436	2 940	+ 504
Anerkenntnis	1 845	1 651	- 194
Verständigungsurteil	11 658	11 356	- 302
andere Endurteile	11 831	18 196	+ 635

Unter „andere Endurteile“ verstehen wir solche Urteile, durch die der Angeklagte nach Untersuchung des Falles entweder verurteilt oder freigesprochen wurde. Bei diesen Urteilen dauerte das Verfahren in

	1906	1907	+ oder -
58,8	5610	—	198 Fällen weniger als eine Woche
6,18	5410	—	708 " 1 bis auschl. 2 Wochen
4,612	4783	—	171 " 2 bis " 1 Monat
2,006	2194	—	188 " 1 bis " 3 Monate
287	214	—	43 " 3 Monate und mehr.

Der Streitgegenstand hatte einen Wert in

	1906	1907	+ oder -
54 587	51 615	—	2972 Fällen bis einchl. 20 M.
33 100	32 444	—	656 " von 20—50 M.
14 388	15 522	—	1134 " von 50—100 M.
7804	8551	—	747 " von mehr als 100 M.

In 527 Fällen wurde im Jahre 1907 Berufung eingelegt gegen 525 Fällen im Jahre 1906. Bekanntlich kann nur dann Berufung eingelegt werden, wenn der Wert des Streitgegenstandes 100 Mark übersteigt.

Neben seiner Aufgabe als Gericht hat das Gewerbeamt auch die Aufgabe, als Einigungsamt für Streitigkeiten, die zwischen einem Arbeitgeber und mehreren mehreren Arbeitern ausgebrochen sind oder auszubrechen drohen, zu fungieren. Jedoch besteht für die Parteien nur ein Einigungs-, aber kein Verhandlungszwang. Sobald das Gewerbeamt von einer der streitenden Parteien angerufen wird, ist der Vorsitzende verpflichtet, die andere Partei vorzuladen. Nun können aber die Streitenden nicht zur Verhandlung gezwungen werden. Trotz alledem besteht schon ein Vorteil darin, daß die Beteiligten einmal zusammen kommen. Meist erfolgt dann auch eine Verständigung. Das Gewerbeamt wird angerufen von beiden Seiten in 180 (1906: 253) Fällen, seitens der Arbeitgeber allein in 9 (6) Fällen und in 150 (234) Fällen seitens der Arbeiter allein. Im Ganzen trat also das Gewerbeamt 339 gegen 493 mal im Jahre 1906 in Tätigkeit. Das hatte zur Folge, daß es in 135 Fällen (1906: 195) zu einer Vereinbarung, in 52 (38) Fällen zu einem Schiedspruch kam. In 78 (20) Fällen kam es weder zu einem Schiedspruch noch zu einer Vereinbarung. Zu bemerken ist jedoch, daß der vom Gewerbeamt gefällte Schiedspruch keine gesetzliche Wirkung hat. Keine der Parteien kann gezwungen werden, sich demselben zu unterwerfen. Es unterwarf sich dem Schiedspruch keine Partei in 40 (29) Fällen, in 7 (3) Fällen unterwarfen sich nur die Arbeitgeber, in 2 (2) Fällen nur die Arbeitnehmer und in 3 (2) Fällen unterwarfen sich weder die Arbeitgeber noch die Arbeiter.

Nach § 75 des Gewerbeamtgesetzes ist das Gewerbeamt verpflichtet, „auf Ansuchen von Staatsbehörden oder des Vorstandes des Kommunalverbandes, für welchen es errichtet ist, Gutachten über gewerbliche Fragen abzugeben“. Im Jahre 1907 sind seitens der Gewerbeämter leider nur 26 Gutachten abgegeben worden, gegen 33 im Jahre 1906. Jedoch trifft die Schuld dafür nicht die Gerichte, sondern die Staatsbehörden und die Vorstände des Kommunalverbandes, da die Gewerbeämter ja nur auf „Ansuchen“ dieser Behörden ein Gutachten abgeben können. Das Gewerbeamt ist nach demselben Paragraphen auch berechtigt, „in gewerblichen Fragen Anträge an Behörden, an Vereinen von Kommunalverbänden und an die gesetzgebenden Körperschaften der Bundesstaaten oder des Reiches zu richten“. Von diesem Rechte wurde im Jahre 1907 nur in 6 Fällen gegen 8 im Jahre

1906 Gebrauch gemacht. Und hier glauben wir, daß die Schuld für diese verschwindend kleine Zahl von Anträgen einzig und allein die Gewerbeämter trifft. Eine dankenswerte Aufgabe erwacht hier den Beamten aus Arbeiterkreisen, und besonders denen, die aus der Reihe der christlich-nationalen Arbeiterschaft gewählt wurden.

Die kath. Arbeitervereine Deutschlands. Der diesjährige Verbandstag der katholischen Arbeitervereine für die Diözesen Köln, Münster, Paderborn, Hildesheim, Osnabrück, Limburg, Fulda, Mainz und Metz, die durch 55 Delegierte vertreten waren, tagte am 11. Oktober in Essen. Dem vom Vorsitzenden Herrn Dr. Pieper (M.-Gladbach) erstatteten Jahresbericht entnehmen wir: Die Zahl der Verbandsvereine ist von 720 Vereinen mit 130000 Mitgliedern am 1. Juli 1907 auf 878 Vereine mit 158 678 Mitgliedern am 1. Juli 1908 gestiegen. Es entfallen u. a. auf die Diözese Osnabrück 253 Vereine mit 59 755 Mitgliedern; Münster 160 Vereine mit 35 330 Mitgliedern; Paderborn 185 Vereine mit 28 000 Mitgliedern. Die übrigen verteilen sich auf die Diözesen Osnabrück, Hildesheim, Osnabrück, Metz, Fulda und Limburg.

Der Verbandsorgan, die „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“, hat eine Auflage von 104 000 Exemplaren. Die Zahl der Abonnenten beträgt u. a. in der Erzdiözese Köln 59 000, in der Diözese Münster 23 000, Paderborn 10 000, Fulda 1100, Limburg 1600, Hildesheim 1000.

Arbeitersekretariate sind 45 zu verzeichnen. In ganz Deutschland zählen die katholischen Arbeitervereine heute zusammen 400 000 Mitglieder. Dieselben verteilen sich auf folgende Verbände: Ostdeutscher-Verband 25 000, Norddeutscher-Verband (St. Berlin) angeblich 120 000, Westdeutscher-Verband 158 678 und der Süddeutsche-Verband 105 000 Mitglieder.

Briefkasten.

In einigen Ortsgruppen herrscht Unklarheit über die in Augsb. beschlossene Arbeitslosenunterstützung. Unser Verband gewährt seinen Mitgliedern ab 1. April 1909 in Fällen unverschuldeten Arbeitslosigkeit, soweit dieselbe nicht durch Krankheit verursacht ist, eine Unterstützung nach den bekannten Sätzen. Für die ersten drei Tage, vom Tage der Anmeldung beim Ortsgruppenvorstand an gerechnet, wird die Arbeitslosenunterstützung nicht gezahlt. Fallen zwei Arbeitslosenperioden in einem Zeitraum von sechs Wochen, so fällt bei der zweiten Arbeitslosigkeit die Karenzzeit fort. Eine unverschuldete und unverschuldete Unterbrechung der Arbeit wird, sofern sie länger als eine Woche dauert, der Arbeitslosigkeit gleich geachtet und unterstützt. Die Karenzzeit beträgt auch in diesem Falle drei Tage. Die Streikunterstützung beträgt vom 1. April 1909 an für die 30 Pfg.-Beitragsklasse 8.— M. und für jedes Kind 75 Pfg. Zuschlag. In einem Bericht unseres Organs über den Verbandstag war irrtümlich der Zuschlag nicht angegeben.

Veranstaltungskalender.

- Wohlt. 8. Nov., 10 1/2 Uhr, bei Gschw. Wanders.
- Wohlt. 1. Nov., 9 1/2 Uhr, Abrechnung der Vertrauensmänner.
- Vorjahr. 1. Nov., bei Franz Dwerfeg, Vertrauensmännerberufung und Abrechnung.
- Dahlhausen a. d. Wupper. 8. Nov., 6 Uhr, bei Gschw. Meyer.
- Deinshorft. 1. Nov., 4 Uhr, bei H. Kolloge.
- Düsseldorf. 1. Nov., 11 Uhr, im Paulushaus.
- Emdetten. 8. Nov., 11 1/2 Uhr, bei W. Lammann.
- Essen. 7. Nov., 9 Uhr, bei Joseph Schönn, Kaufstr.
- Greiz. 6. Nov., 1/2 9 Uhr, im Kupfers Hofel.
- Glanfeld. 7. Nov., 1/2 9 Uhr, im Weidenhof.
- Hilfsheld. 15. Nov., 6 Uhr, bei Peter Willeken.
- Kamprecht. 1. Nov., 5 Uhr, bei Neu, öffentliche Versammlung.
- Kaaten b. Blombacherbach. 8. Nov., 2 Uhr, bei Edmund Schneider.
- Krefen. 8. Nov., 5 1/2 Uhr, bei Hordardung, Generalk. Neumünster. 9. Nov., 8 1/2 Uhr, im kath. Gefellenverein, Bahnhofsstr.
- Ochtrup. 10. Nov., 8 Uhr, bei H. Hordardung, Vorstand und Vertrauensmänner-Versammlung.
- Oberhausen. 7. Nov., 8 Uhr, bei H. Hordardung, Nießbrück.
- Schleibahn. 1. Nov., 6 Uhr, bei G. Kalle.
- Schleibahn. 3. Nov., 10 1/2 Uhr, bei F. Kalle, Vorstand und Förderer.
- Ulfersdorf a. d. Siele. 1. Nov., 6 Uhr, bei G. Kalle.
- Walheim. 8. Nov., 6 Uhr, bei G. Kalle.
- Wegberg. 1. Nov., 10 1/2 Uhr, bei Josef Wintens.
- Wittau (Sachsen). 6. Nov., 1/2 9 Uhr, in der „Eibauer Bierhalle“, gemeinsame Versammlung.

Rheindahlen. Der Konsum-Verein „Eintracht“ e. G. m. b. H. ist durch Beschluß der Generalversammlung vom 13. September 1908 aufgelöst worden und fordern wir hierdurch die Gläubiger auf, sich bei der Genossenschaft zu melden. Rhein-dahlen, den 10. Oktober 1908. Die Liquidatoren (1,60 M.) Wilhelm Otten, Andreas Bilgus.

Adressenänderung.

Das schließliche Sekretariat des Gesamtverbandes (Sekretär Binger), das Sekretariat der Bauhandwerker (Sekretär Pfeffer), das Sekretariat der Textilarbeiter (Sekretär F. Müller), befindet sich Breslau VIII, Mauritiusplatz 4 II. Fernruf 4374.

Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder: Karl Herm. Freier in Langenberg. Franz Sieben in M.-Gladbach. Jakob Grofen in St. Tönis. Karl Peters in M.-Gladbach. Heinrich Hensing in Stadthagen. August Moyer in Osnabrück. Frau Johanna Radermacher in Bocholt. Ehre ihrem Andenken!

Mitglieder, agitiert für den Verband!